



Kurzprotokoll der 35. Sitzung

Sportausschuss

Berlin, den 21. Juni 2023, 14:30 Uhr
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus
4 300

Vorsitz: Frank Ullrich, MdB

Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung **Seite 5**

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 5**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

15. Sportbericht der Bundesregierung

BT-Drucksache 20/5900

Federführend:
Sportausschuss

Mitberatend:
Rechtsausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe



Tagesordnungspunkt 2 **Seite 20**

Antrag der Abgeordneten Jörn König, Klaus Stöber, Andreas Bleck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Erfolg muss honoriert werden – Prämien für gehörlose Medaillengewinner der Deaflympics

BT-Drucksache 20/6718

Federführend:
Sportausschuss

Mitberatend:
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Haushaltsausschuss

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 21**

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Nachhaltige Entwicklung krisenfest machen – Rückkehr zur soliden Haushaltspolitik, Infrastruktur stärken, erneuerbare Energien ausbauen, Ernährung sicherstellen

BT-Drucksache 20/3688

Federführend:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Mitberatend:
Sportausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Klimaschutz und Energie
Haushaltsausschuss

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 21**

Verschiedenes

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Hostert, Jasmina Lugk, Bettina Poschmann, Sabine Schreider, Christian Ullrich, Frank Wollmann, Dr. Herbert	Gava, Manuel Gerster, Martin Hagl-Kehl, Rita Kreiser, Dunja Schäfer (Bochum), Axel Wiese, Dirk
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Lehmann, Jens Mayer (Altötting), Stephan Steiniger, Johannes Stier, Dieter	Auernhammer, Artur Gutting, Olav Jung, Ingmar Monstadt, Dietrich Müller, Sepp
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Emmerich, Marcel Krämer, Philip Winklmann, Tina	Menge, Susanne Mijatović, Boris Müller, Sascha
FDP	Hartewig, Philipp Reuther, Bernd	Kuhle, Konstantin Raffelhüschen, Claudia
AfD	König, Jörn Stöber, Klaus	Bleck, Andreas Naujok, Edgar
DIE LINKE.	Hahn, Dr. André	Görke, Christian



Unterschriftsliste

zur Sitzung des Sportausschusses am Mittwoch, 21. Juni 2023

Friedhelm-Julius Beucher

Deutscher Behindertensportverband, Präsident

Univ.-Prof. Dr. Christoph Breuer

Deutsche Sporthochschule Köln

Johannes Herber

Athleten Deutschland, Geschäftsführer

Prof. Dr. Robin Kähler

IAKS Deutschland, Vorsitzender

Jens-Peter Nettekoven

Deutscher Olympischer Sportbund, Vizepräsident
--

Stefan Kiefer

Deutscher Behindertensportverband, Generalsekretär
--

StS Sandro Kirchner

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration für die Sportministerkonferenz
--



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass PStS Mahmut Özdemir gegen 15:15 Uhr die Sitzung verlassen müsse.

Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung durch die Bundesregierung

15. Sportbericht der Bundesregierung

BT-Drucksache 20/5900

Der **Vorsitzende** begrüßt die Sachverständigen und teilt mit, dass für die Vorstellung des Sportberichts durch PStS Özdemir zehn Minuten eingeplant seien.

PStS **Mahmut Özdemir** (BMI) erläutert, der Sportbericht umfasse den Zeitraum 2018 bis 2021. Er sei allerdings um wesentliche Herausforderungen erweitert und aktualisiert worden, die nach der Regierungsübernahme Ende des Jahres 2021 deutlich geworden seien.

Er unterstreicht, die Sportpolitik betreffe den sozialen Kern der Gesellschaft und stärke den Zusammenhalt. Das gelte besonders angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, der eine wesentliche Rolle bei den Diskussionen um Olympische und Paralympische Spiele gespielt habe. Die im Sportbericht beschriebenen sportpolitischen Maßnahmen der Ressorts und anderer Beteiligter stellten einen Abriss der geleisteten Arbeit in dieser schwierigen Zeitenwende dar, die für die Sportpolitik auch eine eklatante Wertedebatte sei. Einige der gesetzten Impulse und der geplanten Vorhaben seien ihm besonders wichtig. Erstens: Sport bewege und begeistere. In der Corona-Zeit hätten Mediziner empirisch belegen können, dass Bewegungsmangel gerade bei Kindern und Jugendlichen Defizite verursacht hätten, die sich jetzt bemerkbar machten und die auch aus staatlicher Sicht für die Sportpolitik eine Herausforderung darstellten, sei es im Breitensport oder im Spitzensport. Wenn diese Defizite jetzt nicht aufgeholt würden, müssten sie zukünftig mitgetragen werden. Vor diesem Hintergrund habe das BMI gemeinsam mit dem DOSB das mit insgesamt 25 Millionen Euro dotierte Programm „Restart Germany - Sport bewegt Deutschland“ aufgelegt. Im Rahmen des Restart-Programms sei etwa die Aktion „4 000 mal 1 000“

zu nennen, die sich an Vereine richte und Maßnahmen zur Mitgliedergewinnung unterstütze. Zu nennen seien auch die Sportboxen, jetzt 150 an der Zahl, die offiziell ihrer Bestimmung übergeben worden seien. Mit diesen öffentlichkeitswirksamen Aktionen wolle die Bundesregierung dafür werben, sich in den Vereinen einzubringen und das Ehrenamt zu stärken. Auch die Trainerinnen- und Trainerausbildung werde eine wichtige Aufgabe sein. In den Sportvereinen werde der gesellschaftliche Zusammenhalt gelebt, Demokratische Werte, Pluralität, Fairness seien Werte, für die mit dieser Sportförderung Anreize gesetzt werden sollten.

Hervorzuheben sei der Bewegungsgipfel im Dezember 2022. Er sei eine einzigartige Veranstaltung gewesen, mit der Bund, Länder, Kommunen und die Akteure des Sports an einen Tisch geholt worden seien. Anstatt in Zuständigkeitsdebatten – Bund Spitzenpolitik, Länder Breitensport – zu verfallen, müssten die Diskussion verschränkt werden und der Ball müsse dort, wo die jeweilige Ebene ihn ablege, nahtlos aufgenommen werden. Der Bewegungsgipfel biete das Forum, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen. Die Bundesregierung werde auch künftig sowohl mit einer klaren Abgrenzung, aber auch mit Kooperationsangeboten, mit Schnittstellen im Sportfördergesetz – dafür laufe gerade ein breit angelegter Prozess – alle Interessen und Begehrlichkeiten in einem Prozess zusammenweben, damit kooperativ Schnittstellen entstünden. Die staatlichen Mittel seien gewinnbringend so einzusetzen, dass am Ende der Sport, Bewegung, Gesundheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Werte gefördert würden. Der Sportbericht stelle ressortübergreifend die Sportförderpolitik des Bundes dar und sei ein wichtiges Instrument, in der Sportförderpolitik den Status quo aufzuzeigen, anschließend – auch in diesem Gremium – die Karten auf den Tisch zu legen und die neuen Herausforderungen zu identifizieren.

Er führt zur Unterstützung für Sportlerinnen und Sportler aus der Ukraine aus, dass sich in den Vereinen – unterstützt durch das Programm „Integration durch Sport“ –, durch Teilnahmen und Qualifikationen oder durch die Trainingsmöglichkeiten an den Olympiastützpunkten die Werte des Sports und die Werte der deutschen Sportpolitik gezeigt hätten. Das BMI habe deshalb die zusätzlichen Ausgaben für ukrainische Spitzensportler/-innen übernommen, zum Beispiel für



gemeinsame Trainingsmaßnahmen und die Betreuung an Olympiastützpunkten, und werde dies weiter tun.

Er ruft in Erinnerung, dass die Bundesregierung mit Blick auf das Thema Sanktionen gegen Russland und Belarus gemeinsam mit Sportminister/-innen aus 35 Ländern gegenüber dem IOC ihr Unverständnis ausgedrückt hätten, russische und belarussische Sportler/-innen die Teilnahme an Sportwettkämpfen zu ermöglichen. Das BMI vertrete allerdings auch die Auffassung, dass deutschen Sportlerinnen und Sportlern keine Nachteile daraus entstehen dürften und habe vor diesem Hintergrund den Erlass aufgehoben, nach dem die Teilnahme an solchen Wettkämpfen nicht mehr gefördert würde. Die Bundesregierung lasse weiterhin auch gegenüber dem organisierten Sport keinen Zweifel daran, dass sie sich Werten wie Fair Play und Solidarität und auch dem olympischen Friedensgedanken verschrieben habe, weiterhin an der Seite der Ukraine stehe und die Haltung des IOC als Fehler ansehe.

Besonders wichtige Themen seien Safe Sport und die nationale Sportagentur, eine unabhängige Mittelinstanz, die im Koalitionsvertrag genannt sei. Sportler/-innen seien in der Vergangenheit psychischer, physischer oder sexualisierter Gewalt ausgesetzt gewesen. Jeder dieser Fälle sei einer zu viel. Es müsse eine öffentliche, vernünftige Aufarbeitung geben, um das Vertrauen in die Integrität, in den Sport und in den vereinsgebundenen Sport weiterhin zu stärken. Diese Fälle dürften sich nicht wiederholen. Wenn gewalttätige Übergriffe dennoch geschähen, müsse es für die Betroffenen eine Anlaufstelle geben, damit Prävention, Intervention, aber auch Rehabilitation unverzüglich gewährleistet werden könnten. Er sei froh, dass die unabhängige Ansprechstelle für Betroffene sexualisierter Gewalt im Sport im Juli 2023 offiziell mit einem Festakt ihre Arbeit aufnehmen werde und das zukünftige Zentrum Safe Sport für einen sicheren und gewaltfreien Sport in Deutschland und für die Prävention, Intervention und Aufarbeitung stehe. Sportlerinnen und Sportler müssten sich zu jedem Zeitpunkt in einem sicheren Umfeld in unserem Land bewegen können.

Ein wichtiges Thema seien Menschenrechte und Nachhaltigkeit. Sexualisierte Gewalt, Machtmissbrauch, Rassismus, Antisemitismus, aber auch andere Formen von Diskriminierung hätten im

Sport überhaupt keinen Platz. Integrität und Werte im Sport müssten im Sport nicht nur eingehalten, sondern aktiv gelebt werden, damit der Sport in der Gesellschaft positiv wahrgenommen werde. Ein besonderes Highlight seien die Special Olympics World Games, die zum ersten Mal in Berlin stattfänden. Hier könne gezeigt werden, was gelebte Inklusion als Wert heiße, im Sport und weit darüber hinaus. Wenn man diese Werte bei Sportveranstaltungen auf dem Platz zeigen könne, dann könne man sie auch im ganzen Land und in der ganzen Gesellschaft zeigen. Die Special Olympics World Games stünden auch für Sportgroßveranstaltungen: Die Euro 24, die Universiade, die Eishockey-WM oder die Basketball EM der Frauen, all das seien Sportgroßveranstaltungen, wo diese grundgesetzlichen Werte vorgelebt würden, aber auch gezeigt werden könne, dass der Sportstandort Deutschland insgesamt gestärkt werden könne. Durch die Spitzensportreform solle der deutsche Spitzensport konkurrenzfähig aufgestellt werden, um künftig wieder mehr Erfolge feiern zu können. Erstmals in der Geschichte würden mit einem Sportfördergesetz die rechtlichen Rahmenbedingungen, Rollen und Zuständigkeiten festgeschrieben werden. Eine zentrale und unabhängige Sportagentur solle eingerichtet werden, um die Förderprozesse hin zu einem konkurrenzfähigen Spitzensport transparenter zu machen und die Förderung in einer Hand zu behalten.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass für die Eingangstatements der Sachverständigen jeweils fünf Minuten zur Verfügung stünden.

Jens-Peter Nettekoven (DOSB) legt dar, der Sportbericht werfe einen umfassenden Blick auf das Sportsystem und die bundesseitige Sportförderung. So umfassend und informativ er auch sei: Seit dem Ende des Berichtszeitraums habe man es in Gesellschaft und Sport mit den wohl größten Umbrüchen seit 1945 zu tun. Über die Folgen der Corona-Pandemie auf den Sport sei schon viel gesprochen worden. Die Vereine seien mittlerweile auf einem guten Weg, sich von den Folgen der Pandemie zu erholen, auch dank der Unterstützung durch das Restart-Programm oder die Länder. Am stärksten seien die Folgen noch im Mangel an Ehrenamtlichen, an Trainerinnen und Trainern und Übungsleitern zu spüren. Es tue DOSB und Vereinen weh, nach diesen Jahren vor allen Kinder und Jugendliche auf Wartelisten setzen zu müssen. Umso mehr



brauche man die Stärkung des Ehrenamtes, zum Beispiel durch die Fortsetzung des Restart-Programms im Jahr 2024. Der bittere Nachgeschmack der Corona-Zeit liege aber vor allem darin, dass der Sport und die acht Millionen in den Vereinen engagierten Menschen zu oft vergessen worden seien. Die Sportvereine hätten zu den ersten gehört, die schließen hätten müssen, und den letzten, die wieder hätten öffnen dürfen. Natürlich müsse auch der Sport Selbstkritik betreiben. Möglicherweise hätte der DOSB als Interessensvertreter lauter, fordernder oder schriller sein müssen. Aber es wäre auch ein gutes Zeichen der Politik gewesen, nicht nur diejenigen zu unterstützen, die am lautesten schreien, sondern auch diejenigen, die der Kitt der Gesellschaft seien, und zwar gerade, wenn diese zu zerreißen drohe. Unfreiwillig hätten die Vereine ihre Krisenfestigkeit dann erneut unter Beweis stellen müssen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Folgen in Europa hätten erneut große Sorgen bei den Vereinen geweckt. Rückblickend könne man jetzt sagen, es sei weniger schlimm gekommen als befürchtet. Das habe an der sich entspannenden Situation auf den Energiemärkten gelegen, aber auch an der Unterstützung durch den Bund in Form von Gas- und Strompreissenkungen und den Ländern durch die vielen zusätzlichen Hilfsprogramme. Es habe aber auch am Einsatz der Vereine und der vielen Engagierten gelegen, die sich um die Senkung der Energiekosten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Sportbetriebs bemüht hätten.

Die Herausforderung, vor der man jetzt stehe, sei eine schnelle und machbare Dekarbonisierung des Sports. Der Anteil fossiler Energie sei in den Sportstätten höher als in den Privathaushalten. Der Sanierungsbedarf sei ohnehin riesig und das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 mache ihn noch höher. Deshalb brauche es eine spezifische und umfassende Förderung für den Sport, um die Wärme- und Energiewende voranzubringen. Die Folgen des russischen Angriffskrieges hätten aber mit der Frage, wie mit den Athletinnen und Athleten aus Belarus zu verfahren sei, auch den internationalen Sport vor eine Zerreißprobe gestellt. Die aktuelle Situation sei auch für den DOSB nicht zufriedenstellend, man wolle sich aber nicht eigenmächtig über internationale demokratische Beschlüsse hinwegsetzen. Vor diesem Hintergrund sehe der DOSB die Diskussionen über die Visa-Erteilung für die russischen und belarussischen

Sportler bei Wettkämpfen in Deutschland als einen Bruch mit der Maxime der Autonomie des Sports an. Auch die mögliche Einstellung der finanziellen Förderung von Wettkämpfen in Deutschland sei problematisch. Mit einem Entzug der Förderung, wie es diskutiert werde, und dann letztlich dem wahrscheinlichen Abzug von internationalen Wettkämpfen aus Deutschland würden deutsche Athleten und Athletinnen um ihr Heimspiel gebracht.

Mit Hochdruck arbeite der DOSB gerade mit dem BMI und den Ländern daran, das Spitzensportsystem in Deutschland neu auszurichten, am Prozess der Umsetzung des Grobkonzepts Leistungssport und auch am Feinkonzept. Der DOSB sei überzeugt, dass beides zusammen – Gesetz und Agentur – eine Trendwende in der Leistungssportförderung in Deutschland einleiten würden. Abseits der Diskussion um die Wiederzulassung steige spürbar die Vorfreude auf die Spiele in Paris im nächsten Jahr. Nach den schwierigen Spielen in Tokio und Peking – als Stichworte seien Corona und die Menschenrechte zu nennen – könne Paris ein echtes Sportfest werden. Der DOSB wolle perspektivisch wieder Olympische Spiele in Deutschland veranstalten und habe einen Prozess gestartet, der als erstes das "warum" einer Bewerbung klären solle, dann das "Wo" und das "Wann". Gemeinsam mit Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft wolle man sich in Debattencamps dieser Frage nähern. In wenigen Wochen starte die Kampagne. Wenn es am Ende dieses Prozesses zu einer Entscheidung für eine Bewerbung kommen sollte, wäre die Unterstützung durch die Politik notwendig. Der DOSB sei froh, dass sich die Regierungskoalition mit dem Koalitionsvertrag und auch fortlaufend für Olympische Spiele in Deutschland ausspreche. Man könne beweisen, dass Sportgroßveranstaltungen demokratisch, partizipatorisch sowie ökologisch und ökonomisch nachhaltig durchgeführt werden könnten.

Friedhelm Julius Beucher (DBS) führt aus, zunächst wolle er im Namen des gesamten Verbandes für die fortwährende Unterstützung danken. Diese fange hier im Ausschuss an, gehe ins Parlament und setze sich dann im Ministerium fort. Ohne die Unterstützung der Politik wäre der Behindertensport nicht finanzierbar. Aber es gehe nicht darum, Menschen mit Behinderung etwas Gutes zu tun, sondern es gehe darum, die UN-



Behindertenrechtskonvention, ein Menschenrecht, umsetzen und damit die gleichberechtigte Teilnahme in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu erreichen. Das schaffe man nur gemeinsam.

Der Sportbericht der Bundesregierung gebe einen guten Überblick über die Entwicklung der Sportpolitik und -förderung in den letzten Jahren und es sei erfreulich zu sehen, wie sich die Dinge entwickelt hätten. In seinem Ausblick zeige der Bericht auf, welche Hausaufgaben noch gemacht werden müssten. Mit Blick auf die ausführliche Stellungnahme des DBS wolle er nur auf einige Punkte eingehen. Der paralympische Leistungssport habe in der Berichtszeit eine beeindruckende Entwicklung erfahren. Dennoch gebe es auch hier noch Luft nach oben. Beispielsweise stelle der DBS immer wieder fest, dass über die Leistungen seiner Athletinnen und Athleten unzureichend berichtet werde. Er appelliere an die Abgeordneten, dies einzufordern – in den Wahlkreisen, im Parlament, aber auch gegenüber den Medien. Bei den Special Olympics sehe man, wie Menschen mit Behinderung in den Fokus gerückt würden und man sich freuen könne. Dieser Erfolg dürfe nicht wie ein Silvesterknaller mit einem wunderbaren Feuerwerk verpuffen, sondern müsse nachhaltig weitergeführt werden. Er verspreche, dass daran gearbeitet werde. Wenn man über Hausaufgaben spreche, müsse man auch über Geld sprechen, denn die gesellschaftlichen Herausforderungen seien groß und bedürften finanzieller Ressourcen. Dennoch wäre es unglücklich, wenn ausgerechnet vor den Paralympischen Spielen in Paris und 2026 in Mailand Rückschritte gemacht würden. Eine positive Entwicklung sei der Aufwuchs der Mittel im Bereich des Leistungssportpersonals und die damit verbundene Möglichkeit der Schaffung von hauptamtlichen Trainerstellen und Leistungssportpersonal. Das stelle aber auch vor die Herausforderung, diesen Mitarbeitern eine finanzielle Perspektive zu schaffen und ihnen monetäre Anreize zu geben. Die Konkurrenz aus anderen Branchen sei enorm, wie insbesondere die Fluktuation von Trainern zeige. Es gelte aber auch zu konstatieren, dass die genannten finanziellen Auswirkungen – zum Beispiel höherer Kosten oder Auswirkungen von Corona – auch den paralympischen Leistungssport und damit die Sportjahresplanung betreffen. Die Gründe seien in der Stellungnahme genannt.

Derzeit treibe den DBS das Thema Hilfsmittelversorgung im Breitensport um. Aus Zeitgründen könne er ein konkretes Beispiel nicht aufgreifen, es sei in „Sport inside“ geschildert worden. Es gehe um eine talentierte Sportlerin, der von der Krankenkasse die Sportprothese abgelehnt worden sei, obwohl es nicht möglich sei, mit einer Alltagsprothese Sport zu treiben. Es handele sich nicht um einen Einzelfall, immer wieder würden Anträge in dem Sinne behandelt werden, dass keine Lösung für die Menschen gesucht werde, sondern Gründe für die Ablehnung. Das dürfe so nicht bleiben, Teilhabeleistungen für den Breitensport müssten leichter verfügbar sein. Unter der Berücksichtigung der verschiedenen Zuständigkeiten im Sozialrecht sei es ein strukturelles Defizit, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Behörde nicht wüssten, welche Schritte einzuleiten seien, um Teilhabe an Leistungen zu ermöglichen. Teilhabe sei ein gesetzlich verbrieftes Menschenrecht und alle gesellschaftlichen Ebenen seien gefordert, das umzusetzen.

Abschließend teilt er mit, dass der DBS ab sofort eine Online-Plattform Parasport anbiete. Um diese Plattform mit Leben zu füllen, sei es wichtig, dafür zu werben und hier würde er sich über Unterstützung freuen. Das Motto laute „Starte deinen Weg“. Er stellt fest, es gebe nur Olympische und Paralympische Spiele, und das im Doppelpack. Jeder, der nur von Olympischen Spielen spreche, müsse sich immer bewusst sein, dass er die paralympischen Sportler außen vor lasse.

Johannes Herber (Athleten Deutschland) legt dar, er wolle die Gelegenheit nutzen, sich ausdrücklich für die Unterstützung der letzten Jahre zu bedanken. Der Bericht begrüße explizit die unabhängige Stimme der Athleten und Athletinnen, dies sei immer noch keine Selbstverständlichkeit. Er sei reich an Informationen, verdeutliche die Fülle der Maßnahmen und leiste einen Beitrag zur Transparenz, die in Teilen im deutschen Sportsystem gelegentlich zu vermissen sei. Gelegentlich sei im Bericht eine schlichte Aneinanderreihung von Aktivitäten zu finden, ohne dass diese erkennbar in einen strategischen Gesamtzusammenhang gestellt würden. Für zukünftige Berichte würde sich Athleten Deutschland wünschen, verstärkt Ursachenanalysen zu finden, dass man mit schärferen Zielen arbeite, die messbar seien und somit auch Fortschrittskontrollen ermöglichten. Das habe sich



im Kontext der Spitzensportform 2016 gezeigt, denn es sei schwer gewesen, diese tatsächlich zu bewerten, weil man es versäumt habe, transparente Indikatoren, Meilensteine und Wirkmessungen aufzustellen oder diese zumindest zu kommunizieren. Dann bleibe nur die Medaillenausbeute als letzter Indikator. Für den Spitzensport habe Athleten Deutschland jedenfalls die Vision, dass es in absehbarer Zeit eine Agentur geben werde, die dieses Berichtswesen übernehmen könne. Dazu würden neben den sportlichen Ergebnissen einheitliche Bewertungs- und Feedback-Mechanismen benötigt. Athletinnen und Athleten müssten in die Lage versetzt werden, die Rahmenbedingungen und Unterstützungsleistungen, die sie zum Erfolg führen sollen, eigenständig zu bewerten und in der Konsequenz dann besser zu machen. Athleten Deutschland habe sich ebenso für ein Athleten-Monitoring ausgesprochen, mit dem Karriereverläufe verfolgt und Daten zur sozioökonomischen Situation der Athletinnen und Athleten gesammelt würden, ähnlich wie Prof. Breuer es in den letzten Jahren getan habe. Athleten Deutschland würde auch gern zur Berichterstattung beisteuern, zum Beispiel zur Entwicklung von Athletenvertretungen oder auch zur Achtung von Athletenrechten im Gesamtsystem. Nicht zuletzt werde das Zentrum für Safe Sport durch ein Monitoring und die Zusammenführung von Daten im Bereich von interpersonaler Gewalt Aufschluss zur Wirksamkeit von Präventions- und Interventionsmaßnahmen geben können. Für eine solche Berichterstattung sei die digitale Vernetzung innerhalb des Systems notwendig. Der Digitalisierungstau im deutschen Spitzensport müsse aufgelöst werden, Athleten Deutschland plädiere dafür, auf die Erkenntnisse des im Bericht erwähnten BISp-Projektes zurückzugreifen.

Er unterstreicht, dass im Berichtszeitraum viele für die Athleten sehr positive Maßnahmen getroffen worden seien. Zu nennen seien insbesondere die signifikante Erhöhung der direkten Athletenförderung, die Einführung der Altersvorsorge, die deutlichen Verbesserungen im Parasporthbereich bei den Trainern, bei den Stützpunkten, bei den Athletinnen und Athleten selber, die wirklich außerordentliche Unterstützung während der Corona-Pandemie, die Aufstockung der Sportförderstellen und die strukturellen Veränderungen bei der Bundeswehr und natürlich auch die Ermöglichung von Heim-Events, die durch die Förderung der Sportgroßveranstaltung möglich würden. Die

Athletinnen und Athleten begrüßten, wenn die Bundesregierung weiterhin die Verbände dabei unterstütze, solche Veranstaltungen nach Deutschland zu holen. Im Ausblick des Berichts werde angesichts des gestiegenen Fördervolumens zu Recht die Frage nach der Effektivität und Effizienz der eingesetzten Mittel aufgeworfen. Wie bereits erwähnt befürworte Athleten Deutschland ausdrücklich die Einrichtung einer unabhängigen Agentur, die den Spitzensport künftig steuere, die Förderung aus einer Hand organisiere und es damit hoffentlich schaffe, die Mittel zielgenauer einzusetzen. Im Bericht werde auch betont, dass Athletinnen und Athleten in Zukunft noch stärker in den Fokus der Maßnahmen gerückt werden sollen. Im Zusammenhang mit der Agentur bedeutet das auch, dass Athleten Deutschland neben dem BMI und DOSB auch eine Aufsichts- und Gestaltungsfunktion innerhalb der Agentur innehätten. Athleten Deutschland befürworte außerdem eine Entschlackung des Analysesystems und mehr Flexibilität bei der Mittelverwendung für die Verbände. Mehr Freiheiten für Verbände bedeute aber auch, dass es Checks und Balances geben müsse. Darunter sei zum Beispiel zu verstehen, dass Integritätsvorgaben zur Fördervoraussetzung würden und dass ein funktionierendes Konfliktmanagement-System gebe, auf das sich Athletinnen und Athleten verlassen könnten. Letztlich werde im Bericht mehrfach darauf hingewiesen, dass die Athletinnen und Athleten hinreichende materielle Sicherheit benötigen, um den vollen Fokus auf ihre Karrieren richten zu können. Angesichts der gestiegenen Inflation und damit erhöhten Lebenshaltungskosten sei diese materielle Sicherheit für die Athleten, insbesondere jene ohne Sportförderstellen, nicht gegeben. Athleten Deutschland bitten dahingehend, Abhilfe zu schaffen, auch Athletinnen und Athleten benötigen einen Inflationsausgleich.

Univ.-Prof. Dr. Christoph Breuer (DSHS) erläutert, in seiner schriftlichen Stellungnahme habe er versucht, strukturell-prozedurale Hinweise zu geben, wie der Sportbericht der Bundesregierung eine noch konsequentere Rolle für die Sportplanung und Sportsteuerung des Bundes einnehmen könne. Er wolle nun die mündliche Stellungnahme dazu nutzen, ein damit zusammenhängendes Thema zu akzentuieren, das ihn schon immer umtreibe. Das sei die Frage, wie der wissenschaftliche Forschungsstand noch konsequenter genutzt werden könne, um die Sportpolitik und Förderung des



Bundes zu unterstützen. Ihm sei durchaus bewusst, dass sehr häufig Maßnahmen des Bundes auf Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen getroffen würden. Dennoch gebe es viel zu holen, auch über das hinaus, was durch Bundesmittel gefördert werde. Er habe vier Appetithäppchen mitgebracht, in der Hoffnung, dass sie vielleicht als Reflexion für zukünftige Sportberichte dienen könnten.

Erstens, zum Thema Olympische Spiele in Deutschland: Es gebe mittlerweile einen breiten Forschungsstand zu den Mechanismen der Akzeptanz von Sportgroßveranstaltungen in westlichen Demokratien. Dieser Forschungsstand habe es nicht geschafft, hinreichend in der Politik wahrgenommen zu werden. Dadurch bestehe die Gefahr, in immer neuen Anläufen immer wieder die gleichen Fehler zu machen. Erwiesen sei beispielsweise, dass sich ohne Wahrnehmung des nationalen und internationalen Spitzensports – also seiner Athleten, Funktionäre und Verbände – als moralisch integer handelnde Akteure keine Bevölkerungsmehrheiten für Olympische Spiele erwarten ließen. Mit anderen Worten: So sehr man sich Olympische Spiele in Deutschland wünsche, so illusorisch seien Hoffnungen auf Bevölkerungsmehrheiten, wenn das internationale Spitzensportsystem nicht als integer wahrgenommen werde. Zweitens, zum Thema Spitzensportförderung: Die Spitzensportförderung habe einen dominant organisationsstrukturellen Fokus und dies habe durchaus seine Berechtigung. Die Bedeutung organisationskultureller Faktoren sollten jedoch nicht übersehen werden. Laut den deutschen Kaderathletinnen und -athleten gebe es zu oft eine zu wenig innovationsorientierte Organisationskultur im unmittelbaren Trainingsumfeld. Fast jeder dritte Kaderathlet urteile so. Zum Thema Integration liege drittens einer der spannendsten Befunde zu den Effekten von Spitzensporterfolgen auf die Bevölkerung vor: Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund könne emotional überproportional von Spitzensporterfolgen deutscher Athletinnen und Athleten profitieren. Menschen mit Migrationsgeschichte gäben signifikant häufiger an, durch Erfolge deutscher Athletinnen und Athleten glücklich zu sein. Trotzdem spielten entsprechende Hinweise offensichtlich weder eine Rolle im Hinblick auf die Legitimation der Spitzensportförderung noch in der Konzeption von Integrationsprogrammen. Viertens, zum Thema Ehrenamt: Aus Sicht der Sportvereine, die ja die Keimzelle für zahlreiche gesellschaftliche

Effekte von Sporttreiben darstellten, seien die Probleme der Bindung und Gewinnung von ehrenamtlichen Funktionsträgern, von Übungsleitern, Trainerinnen sowie von Kampf- und Schiedsrichterinnen in den letzten Jahren deutlich angewachsen und überträfen aus Sicht der Vereine die Probleme im Bereich der Finanzierung und sogar im Bereich der Sportstätten. Gleichzeitig sei auch immer mehr Wissen verfügbar, wie diese Herausforderung zwar nicht komplett gelöst, aber zumindest gemildert werden könne. Im 15. Sportbericht würden hierzu Formen der sozialen Anerkennung in Form von Ehrungen genannt. Aus wissenschaftlicher Sicht schadeten Ehrungen natürlich nicht, aber eine Sportförderung des Bundes sollte sich bewusst sein, dass Ehrungen im Hinblick auf das Ehrenamt nicht zu den nachgewiesenen Problemlösern zählten, sondern dass es eine Reihe weiterer Möglichkeiten gebe.

StS **Sandro Kirchner** (Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration) teilt mit, er vertrete den Vorsitzenden der Sportministerkonferenz, Joachim Herrmann. Der vorliegende Sportbericht stelle die Themenfelder dar, die für Bund und Länder von Bedeutung seien, und er sei auch Ausgang für die aktuellen Themen. Für den Themenbereich Leistungssport und Spitzensportförderung sei ganz klar, dass es ein gemeinsames Ziel von Bund, Ländern und organisiertem Sport gebe: Im internationalen Vergleich wieder erfolgreicher zu sein, natürlich auf Grundlage zentraler gesellschaftlicher Werte, nämlich eines sauberen, sicheren Sports, damit dieser seine Vorbildfunktion wahrnehmen könne. Die aktuellen Reformprozesse hätten unterschiedliche Themenbereiche identifiziert, dies seien die Rahmenbedingungen für die Athletinnen, Athleten und Leistungssportpersonal, die Stützpunktsysteme, der Nachwuchsleistungssport, die Steuerung und Förderung des Spitzensports und weitere Bereiche.

Bei der Bundesverantwortung, wo es insbesondere um die strukturellen Fragen der Steuerung und Förderung gehe, etwa auch bei der Überlegung, eine unabhängige Sportagentur zu haben, sei im Sinne der Länder festgestellt, dass diese Realisierung ohne finanzielle Beteiligung der Länder stattzufinden habe, dass man aber harmonische Anschlussfähigkeiten für die – sich in der Länderverantwortung befindende – Nachwuchsleistungssportförderung fordere. Ziel sei es, möglichst



optimale Rahmenbedingungen zu erreichen, erforderlich sei auch eine auskömmliche Finanzausstattung der bundeseitigen Förderung der Olympiastützpunkte. Eine nachdrückliche Forderung sei auch die sachgerechte Evaluierung der Bundesländer-Vereinbarung Sport gemäß SMK-Beschluss vom 03. November 2022, der auch eine wichtige Grundlage für den aktuellen Reformprozess sei. Es sei wichtig, gemeinsam am Ball zu bleiben, damit der Reformprozess letztendlich erfolgreich sei.

Zum Themenbereich Entwicklungsplan Sport begrüße er das politische Signal des ersten Bewegungsgipfels. Es gelte, diesen Impuls weiterzuentwickeln und daraus etwas zu generieren, denn es habe große Bedeutung für die Gesundheit und die Entwicklung der Motorik und für Sozialkompetenzen. Die SMK sehe daher die Notwendigkeit einer ressortübergreifenden Strategie, um Sport und Bewegung in allen gesellschaftlichen Bereichen abbilden zu können, sie begrüße die Förderprogramme auf allen Ebenen. Er verweise in diesem Zusammenhang aber auch auf den Sanierungsstau, der bei den Sportstätten und Schwimmbädern festzustellen sei. Bei der energetischen Sanierung sehe die SMK den Bund in der Pflicht, damit das Erforderliche realisiert werden könne und auch Bestand habe. Großes Potenzial und gleichzeitig eine Herausforderung stelle der Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung für die Kinder im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/27 dar. Die Rahmenbedingungen müssten stimmen, Sport und Bewegungsangebote seien nach Auffassung der SMK essenzielle Bestandteile einer Ganztagsbetreuung. Um dies überhaupt leisten zu können, werde die breite Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und der ehrenamtlich geführten Sportvereine benötigt. Zum Themenbereich „Bekämpfung sexualisierter Gewalt, Safe Sport“ begrüße die SMK ausdrücklich die im Rahmen der 46. SMK-Sitzung erfolgte Gründung des Vereins Safe Sport e.V. als unabhängige Ansprechstelle für Betroffene sexualisierter, psychischer und physischer Gewalt im Sport. Ausnahmslos alle Bundesländer hätten sich verpflichtet, teilzunehmen und sich ab 2024 finanziell zu beteiligen. Es sei wichtig, einen ergebnisoffenen Prozess zur Schaffung eines Zentrums für Safe Sport unter der Federführung des Bundes zu haben, bei dem auch die Länder eingebunden würden. Ziel müsse sein, über eine klare „Roadmap“ zum Aufbau eines Zentrums für Safe

Sport auch wichtige Aspekte wie die noch offene Finanzierung und die Einbindung der Breitensportvereine zu klären. Er appelliere, ehrenamtlich organisierte Vereins- und Verbandsstrukturen nicht mit in der Praxis untauglichen Aufgaben zu überfrachten. Das sind große Herausforderungen, aber auch die Ehrenamtsgewinnung stelle bereits heute eine große Herausforderung dar und müsse in den Vordergrund gerückt werden. Ziel müsse es sein, den Sport und seine Strukturen nicht zu schwächen, sondern umgekehrt die maximale Stärkung des Sports zu erreichen.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) legt dar, die IAKS sei die Interessenvertretung der Betreiber von Sportstätten, Bewegungsräume, Sporträumen in Deutschland, das seien Kommunen, Unternehmen, Vereine oder Universitäten. Auch er wolle den Sportbericht durchaus loben, weil er zeige, dass enorm viel getan werde. Das sehe man nicht nur an den Aktivitäten der Bundesregierung, man sehe es auch auf Länder- und Kommunalebene. Vieles sei in Bewegung und man sehe ganz deutlich, welche Hindernisse überwunden werden müssten. Hinsichtlich des Berichts stelle sich die Frage, was eigentlich das Ziel der der Sportförderung, der Sportplanung Bundes und der Sportpolitik sei, und welche Wirkungen erzielt werden sollten und ob diese auch überprüft würden. So habe beispielsweise Staatssekretär Özdemir gesagt, dass der Sport den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft fördere. Auf der Ebene der Kommunen zeige sich, wie unterschiedlich die Realität sei zwischen den Menschen, die arm seien, weniger Möglichkeiten hätten, nicht integriert seien oder aus anderen Kulturen kämen, und anderen, die mehr bürgerliche, mehr wohlhabende, mehr gute Lebensbedingungen hätten. Zum Beispiel seien in den Vereinen in sozial segregierten Stadtteilen ein Drittel weniger Übungsleiter und wesentlich weniger Übungsleiter mit formaler Qualifikation tätig. Nur ein Viertel der Grundschulen biete Sportangebote an, die der Integration sozial benachteiligter Kinder dienen sollten. Die Kooperation zwischen Schule und Verein sei in diesen Stadtteilen um 50 Prozent geringer als in den anderen Stadtteilen. Die Schwimmfähigkeit der Kinder sei um 50 Prozent geringer bei den Kindern und Jugendlichen, die in den eher vernachlässigten Stadtteilen wohnen. Die Qualität der Sportstätten, der Vereinsportstätten sowie der



Schulsportstätten zeige einen deutlichen qualitativen Unterschied hinsichtlich der Nutzbarkeit, der Modernisierung und der Praktikabilität. Die Mängel seien in den sozial segregierten Stadtteilen um 230 Prozent höher. Beim Trendsport, an dem viele Jugendliche Interesse hätten, stelle man fest, dass es dort um 40 Prozent weniger Angebote gebe, also würden von vornherein viele Menschen ausgegrenzt.

Er betont, im Grunde genommen müsse zunächst überlegt werden, was eigentlich erreicht werden solle und welche Ziele die Sportförderung verfolge. Es müsse geklärt werden, worauf es in unserer Gesellschaft mit dem Thema Spiel, Sport und Bewegung hinauslaufen solle. Auch beim Thema Sanierung reiche es nicht, mit einer Milliarde zu fördern, sondern es müsse geklärt werden, wer damit gefördert werden solle, welches Modell gewählt sei, was die Bedürfnisse seien, welches Staatsziel Sport verfolgt werde und ob es überhaupt ein Staatsziel gebe. Der Sport müsse wesentlich stärker in die politische Wahrnehmbarkeit gerückt und in der Bedeutung der ganzen Nation gehoben werden. Es dürfe nicht nur addiert werden, welche einzelnen Maßnahmen getroffen würden. Die Strukturen seien überhaupt nicht geeignet, diese Themen umzusetzen. Es gebe keine horizontale und keine vertikale Kooperation, die geeignet sei, die Maßnahmen erfolgreich umzusetzen, da befände man sich noch im Mittelalter. Das sei nicht die Frage der Digitalisierung, sondern eher des politischen Willens, neue Strukturen zu finden, die Zusammenarbeit zwischen Ländern, Bund und Kommunen zu harmonisieren und den Sport in das gesellschaftliche Leben der Menschen zu integrieren. Dafür wünsche er viel Erfolg. Der Entwicklungsplan Sport sei hierfür eine hervorragende Grundlage.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass für zwei Fragerunden jeweils 26 Minuten nach dem üblichen Schlüssel zur Verfügung stünden.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD) dankt den Sachverständigen für Ihre Einschätzungen und auch für die recht positive Begleitung des Sportberichts. Auch sie finde ihn positiv und sie sei hoffnungsvoll hinsichtlich der Umsetzung der gemeinsamen Vorhaben. Der Sportbericht zeige drei Punkte. Zunächst die Vielfältigkeit der Sportlandschaft in Deutschland, die bewusst politisch nicht eingeengt werden solle, aber auch ihre Förderung. Er zeige auch die

hohe Wertschätzung durch die Politik und die Flexibilität und Unterstützung in der Krise, dass die Politik auch in der Krise handlungsfähig sei und dass sie – auch wenn es manchen zu lange gedauert habe – dem Sport relativ zügig mit einer Aufbauhilfe zur Seite gestanden habe. Die grundlegenden Änderungen seien allen bewusst und man befinde sich auf einem guten Weg. Dass man immer besser werden könne, sei klar, das werde jetzt mit neuen Ansätzen versucht. Bezug nehmend auf die Stellungnahme von Prof. Breuer, der sich für ein besseres Steuerungsmodell der Sportförderung ausspreche, bittet sie um eine Einschätzung, ob die neue Sportagentur dies mit einem effizienten Controlling leisten könne.

PStS **Mahmut Özdemir** (BMI) antwortet, der Sportbericht solle die breite Öffentlichkeit informieren und die Aktivitäten aller Ressorts darstellen, dem Bericht selber komme keine Steuerungsfunktion im engeren Sinne zu. Zum Anspruch des BMI, im Bereich der Spitzensports zu steuern, gehöre, zusammen mit dem DOSB und den Ländern eine Sportagentur zur Förderung und zur Steuerung des Spitzensports zu gründen und die Prozesse unabhängiger und transparenter zu gestalten. Es gebe zahlreiche Vorschläge, vom Athlet/-innen-Budget bis zur Frage nach den sportpolitischen Zielen. Diese sollten mit einem Sportfördergesetz formuliert werden, mit dem auch eine präzise Steuerung im Spitzensport beabsichtigt sei. Vor dem Hintergrund der Autonomie des Sportes einerseits und der parlamentarischen Kontrolle der Haushaltsmittel andererseits sei es von Bedeutung, inwieweit der Haushaltsgesetzgeber bereit sei, diesen Bereich sportfachlich und haushalterisch zu gestalten.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD) macht darauf aufmerksam, dass am Montag der neue Förderaufruf des SJK veröffentlicht worden sei. Damit stünden weitere 400 Millionen Euro für den Sportstättenbau zur Verfügung, für den die Kommunen bis Mitte September Anträge stellen könnten. Sie freue sich, dass es auch beim Sportstättenbau – und im Übrigen auch beim Eissporthallenbau – weitergehe. An Prof. Kähler gewandt fragt sie, ob es sinnvoll sein könne, den nachzuweisenden Bedarf für diese Fördergelder nach strukturschwachen Regionen auszurichten.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) entgegnet, es sei völlig richtig, Kriterien zugrunde zu legen, die erwarten ließen, dass die Förderung dort



ankomme, wie es politisch gewollt sei. Je genauer, desto komplizierter und aufwändiger sei es, aber desto besser könne man die Wirkung einschätzen. Ein Monitoring, mit dem die Wirkungen geprüft werden könnten, sei ebenfalls empfehlenswert. Zunächst sei es wichtig, zu fragen, wo überhaupt Ungleichheiten bestünden. Mit Blick auf den ländlichen Raum könne es schwierig sein, einen Verein überhaupt aufrecht zu halten und Sportstätten zu bekommen, geschweige denn alte Dinge zu sanieren. Auf der einen Seite gebe es Stadtteile, die brauchten dringend Bewegungsräume, damit die Jugendlichen Erfahrungen sammeln und sich treffen könnten. Das heiße, der Bedarf sei lokal und spezifisch. Insofern müsse man bei der Begründung drauf achten, dass eben genau dieser Bedarf seriös den Kriterien entsprechend nachgewiesen werde. Er sei überzeugt, dass man im BMI sehr offen sei, die Förderkriterien noch genauer zu fassen. Das bedeute aber auch, dass interministeriell stärker zusammengearbeitet werden müsse.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD) bittet angesichts von Aufnahmestopps in den Vereinen um eine Einschätzung, wie das Ehrenamt gestärkt werden könne und welche Ansätze hierfür verfolgt werden sollten.

Univ.-Prof. Dr. Christoph Breuer (DSHS) antwortet, es gebe ganz unterschiedliche Typen von Ehrenamtlichen. Tatsächlich liege viel auf der Ebene des Vereins selbst. Hinsichtlich der Lösungsansätze, die der Bund in die Hand nehmen könne, habe die DSHS mit einer kürzlich veröffentlichten Studie herausgefunden, dass eine Steigerung der Honorare für Übungsleiter und Übungsleiterinnen tatsächlich die Bereitschaft erhöhe, stärker aktiv zu sein. Monetäre Komponenten, die eigentlich der Definition des Ehrenamts widersprächen, wirkten also auch, vor allem Unterstützungsleistungen auf der Ebene des Vereins. Das sei etwas, was der Bund nicht steuern könne. Fast alle Studien zeigten, dass das, was die Politik schon immer mache, nämlich Ehrung, Anerkennung und Nennung in der Öffentlichkeitsarbeit, eigentlich nicht sehr erfolgreich sei. Es schade zwar nicht, sei aber auch nicht der Problemlöser.

Abg. **Fritz Güntzler** (CDU/CSU) führt aus, dass der Sportbericht sich auf die Jahre 2018 bis 2021 beziehe, und es darauf ankomme, aus der Vergangenheit die richtigen Schlüsse zu ziehen. Für die CDU/CSU-

Fraktion dürfe er feststellen, dass die Aussagen des Sportberichts überwiegend sehr positiv seien und die Berichtszeit eine gute Zeit für den Sport gewesen sei, wie sich auch in den Statements der Sachverständigen gezeigt habe. Herausragend sei unter anderem, dass es mit den Profisporthilfen gelungen sei, alle Ligen während der Corona-Zeit im Betrieb zu halten, denn Breitensport und Spitzensport bedingten sich gegenseitig. Im Blickpunkt stehe auch immer die Förderung des Sportstättenbaus. Seine Vorrednerin habe auf das mit 400 Millionen ausgestattete SJK hingewiesen, es sei 2020 mit einer Milliarde ausgestattet und völlig überzeichnet gewesen, da nicht nur Sportstätten gefördert würden. Da in diesem Programm nur kommunale Sportstätten gefördert werden könnten, begrüße er, dass dem Koalitionsvertrag entsprechend künftig auch vereinseigene Sportstätten gefördert werden sollten. Er frage, ob es Planungen für ein solches Programm gebe.

Dr. Steffen Rülke (BMI) antwortet, für die Bundesregierung sei das Thema Sportstättenbau ein Kernthema, um sozialen Zusammenhalt und soziale Infrastruktur „am Laufen zu halten“, in der Erkenntnis, dass sich dort Menschen begegneten und die Vereine in diesen Sportstätten einen unschätzbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisteten. Es gebe über das SJK-Programm hinaus, das diese Woche mit einem Aufruf von 400 Mio. Euro in die zweite Projektphase gestartet sei, weitere Programme der Bundesregierung, die für den Sport abgerufen werden könnten. Dies hätten hier im Sportausschuss Vertreter des Bauministeriums bestätigt. Insbesondere verweise er auf das Programm des BMWK zur energetischen Sanierung, auf das auch die Vereine zurückgreifen könnten.

Abg. **Fritz Güntzler** (CDU/CSU) bittet um Auskunft, wie sich die zentrale, unabhängige Sportagentur zusammensetzen solle und wie der DOSB zu dieser Agentur stehe.

Jens-Peter Nettekoven (DOSB) antwortet, der DOSB sehe die Agentur sehr positiv. Es sei nicht sinnvoll, strikt auf einer paritätischen Zusammensetzung zu bestehen, mit der Bund, DOSB und alle Stakeholder personell berücksichtigt würden. Auch wenn Deutschland nicht mit anderen Ländern verglichen werden sollte, gebe es weltweit verschiedene Agenturen, etwa in Norwegen oder Österreich, wo es funktioniert habe. Es fänden gerade entsprechende



Gespräche statt. Angesichts der Autonomie des Sports stelle sich die Frage, inwieweit der Haushaltsgesetzgeber bereit sei, diese Autonomie zu akzeptieren.

Abg. **Fritz Güntzler** (CDU/CSU) bittet Herrn Herber um Präzisierung, von welchen Indikatoren er gesprochen habe, als er gesagt habe, man müsse vom Medaillenspiegel als alleinigem Indikator wegkommen.

Johannes Herber (Athleten Deutschland) entgegnet, seine Bemerkung zum Medaillenspiegel als reiner Indikator habe er getroffen, weil es eine Weile dauern werde, bis Reformenprozesse wie dieser Wirkung zeigten. Wenn dann keine Meilensteine gesetzt würden, bliebe als Orientierung am Ende nur der Medaillenspiegel, der dann vielleicht ein verzerrtes Bild zeichne. Die Athletinnen und Athleten seien ohnehin dem Erfolg und der sportlichen Höchstleistung verpflichtet, deshalb blieben die Medaillen natürlich relevant. Im Bericht werde, wie auch in anderen sportpolitischen Dokumenten, auf verschiedene Ziele abgestellt, wie etwa die integrative Kraft des Sports, die Strahlkraft auf den Breitensport oder die Vorbildwirkung. Diese Ziele seien alle wichtig, aber es sei nicht klar erwiesen, wie diese einzelnen Ziele zusammenpassten. Deshalb spreche sich Athleten Deutschland dafür aus, innerhalb der nächsten Monate noch weiter über diese Ziele zu sprechen und eine Grundsatzdebatte dazu zu führen, um genau das herauszuarbeiten.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, der Sportbericht sei eine Grundlage, um in die Zukunft blicken, da man daraus lernen könne, was gut laufe, was besser werden müsse und wofür sich die Bundesregierung einsetzen müsse. Wichtig sei die Sportstättenanierung, da gute Sportstätten gebraucht würden und auch wichtig für den sozialen Zusammenhalt seien. Natürlich sei auch der energetische Umbau wichtig, und Sportstätten müssten in Zukunft finanzierbar sein. Mit Blick auf den Angriffskrieg auf die Ukraine stelle sich die Frage, wie man mit eventuellen Änderungen im IOC umgehen werde. Für ihre Fraktion sei klar, dass man eine klare Haltung zeigen müsse. Für die Zukunft sei auch das Zentrum Safe Sport wichtig. Sie fragt, ob es für die Anlaufstelle von Athleten Deutschland bereits erste Zahlen zur Inanspruchnahme gebe und wie Athleten Deutschland in Zukunft mit der Ansprechstelle

des Bundes und später mit dem Zentrum Safe Sport zusammenarbeiten werde.

Johannes Herber (Athleten Deutschland) antwortet, dass nach etwa sechs Monaten ein erster Zwischenbericht veröffentlicht worden sei. Ungefähr 90 Meldungen unterschiedlicher Natur hätten Athleten Deutschland erreicht. Vor allem könne man sagen, dass Frauen betroffen gewesen seien, dass es einen hohen Anteil von Gewalterfahrungen im minderjährigen Bereich gebe und dass viele der Grenzverletzungen im Bereich der psychischen Gewalt gelegen hätten. Über 20 Prozent der Fälle hätten im Bereich von sexualisierter Gewalt mit Körperkontakt gelegen. Das seien erschreckende Zahlen, da seit Beginn der Anlaufstelle nicht mehr als zwölf Monate vergangen seien. In etwa zwei Monaten werde der Jahresbericht mit etwa 150 Meldungen veröffentlicht. Mit der Ansprechstelle des BMI sei eine Zusammenarbeit geplant, das es wichtig sei, sich zu vernetzen, auch mit den Spitzenverbänden und Sportbünden. Hinsichtlich des Zentrums Safe Sport sei die Frage noch nicht geklärt, ob das Zentrum auch Ermittlungs- und Sanktionskompetenzen haben und ob es parteiische Unterstützung bieten solle, wofür sich Athleten Deutschland ausspreche. Weil sich das eventuell etwas beißen könnte, gehe Athleten Deutschland im Moment davon aus, die Anlaufstelle gegen Gewalt weiter zu betreiben, um den Mitgliedern dieses Angebot weiter unterbreiten zu können.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, wie die Anlaufstelle angesichts der hohen Zahl der Fälle personell ausgestattet sei.

Johannes Herber (Athleten Deutschland) antwortet, es gebe zwei Ansprechpersonen, die sich primär um die Fälle kümmern und einen Kompetenzpool von Psychotherapeuten und Anwälten, die die weiterführende Beratung übernehmen.

Abg. **Jörn König** (AfD) führt aus, er teile die Kritik der Sachverständigen, der Sportbericht sei eine manchmal zusammenhanglose Aufzählung dessen, was passiert sei und es fehlten auch messbare Kriterien für die Erfolgsmessung. Dazu kämen einfache, redaktionelle Fehler. Der Sportbericht sei im März 2023 erschienen, dennoch sei folgender Satz zu finden: "Im Dezember 2022 findet die Fußball-WM in Katar statt". Er erinnert daran, dass die AfD-Fraktion vor drei Jahren im Juni 2020 im Sportausschuss an Teamsport Deutschland die Frage



gerichtet habe, ob den Mannschaftssportverbänden Ausgleichszahlungen des Bundes wegen fehlender Zuschauereinnahmen helfen würden. Nachdem die Frage bejaht worden sei, seien dankenswerterweise 200 Millionen Euro locker gemacht worden. Ein weiterer Punkt sei, dass die Bundesregierung wegen Corona zunächst den Sport verboten habe, obwohl der DOSB früh darauf aufmerksam gemacht habe, dass Sport Teil der Lösung und kein Problem sei. Die Überlebensrate bei Corona habe 99,8 Prozent betragen, im Jahr 2020 habe es keine signifikante Übersterblichkeit gegeben, im Gegensatz zu heute. Die Gründe dafür wollten weder Regierung, noch Paul-Ehrlich-Institut, noch Robert-Koch-Institut wissen. Diese Einschränkungen, auch Grundrechtseinschränkungen, seien zum Teil verheerend für den Sport gewesen. Jetzt sollten mit dem Programm „Restart Corona“ die Schäden mit 25 Millionen Euro wieder gut gemacht werden. Das sei ein lächerlich geringer Betrag mit nur einem Euro pro Sportler. Die Frage nach Sportstätten sei bereits mehrfach aufgeworfen worden. Im Bericht sei beschrieben, dass etwa 500 Millionen Euro – er habe gerade gelernt, es seien inzwischen nur noch 400 Millionen Euro – für die Sportstätteninfrastruktur im Haushalt geplant seien. Das sei lächerlich gering, weil der Sanierungsbedarf insgesamt ungefähr 31 Milliarden Euro betrage. Er fragt, welche Maßnahmen die Bundesregierung zusätzlich plane, um dem Sanierungstau bei den Sportstätten abzuhelpfen.

Dr. Steffen Rülke (BMI) macht darauf aufmerksam, dass er sich mit der Angabe von 400 Millionen Euro auf den Aufruf für die zweite Welle des Programms bezogen habe. Dies sei Ausdruck dessen, dass das Thema Sportstättenbau dem Bund ein wichtiges Anliegen sei, obwohl er dafür nicht zuständig sei. Das Bauen und die Unterhaltung von Sportstätten, den Spitzensport ausgenommen – dort stünden weitere 20 Millionen pro Jahr für die Sanierung von Spitzensportstätten zur Verfügung – sei Aufgabe der Kommunen und der Länder.

Abg. **Philipp Hartewig** (FDP) erläutert, der Sportbericht biete mit 220 Seiten genug Stoff für mehrere Anhörungen. Er habe ihn sehr positiv wahrgenommen, nicht zuletzt wegen des Erkenntnisgewinns hinsichtlich rechtlicher Grundlagen, wegen der Berichte über einzelne Maßnahmen bis hin zu Rückschlüssen auf viele, ganz unterschiedliche Potenziale. Mehrfach sei angesprochen worden,

welche Ziele mit dem Sportbericht verfolgt werden sollten und wo Verbesserungspotenziale lägen. Er bittet Prof. Breuer um ergänzende Ausführungen zum Steuerungspotenzial und zur Frage, wie Kriterien für eine Erfolgsmessung ausgestaltet sein könnten. In dessen Stellungnahme habe er positive und negative Aspekte in der Sportpolitik dargestellt und auch Studien des BISp zeigten anschaulich die vielfältigen positiven Auswirkungen des Sports. Vielleicht könne die Politik den Wert des Sports und gerade des Spitzensports stärker herausstellen, um denjenigen, die sich nicht täglich mit Sport auseinandersetzen, den Wert von erfolgreichem Spitzensport zu vermitteln.

Univ.-Prof. Dr. Christoph Breuer (DSHS) antwortet, der Sportbericht sei als Rechenschaftsbericht entstanden und deshalb sei der Blick nicht so stark nach vorne gerichtet. Im Vergleich mit anderen Nationen werde deutlich, dass es an einer strategischen, nach vorne gerichteten Planungsgrundlage für eine Sportpolitik und Förderung des Bundes fehle. Der erste Schritt wäre, Ziele festzulegen und zu verabschieden, der zweite Schritt wäre dann, zu schauen, welche Kriterien geeignet seien, um die Zielerreichung festzustellen. Damit gehe auch einher, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie der Sport in der Gesellschaft aussehen solle. Vielleicht sei es weniger zielführend, alle Ziele nebeneinander zu stellen und vielleicht ergebe sich das Ziel der Spitzensportförderung auch aufgrund seiner gesellschaftlichen Bedeutung. Das müsse man auch etwas vernetzter betrachten.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke.) unterstreicht, dass die Anmerkungen der Deutschen Sporthochschule, aber auch von Athleten Deutschland und anderen deutlich gemacht hätten, dass der Sportbericht mehr sein müsse als ein sicherlich beeindruckender Rechenschaftsbericht. Er fragt, ob die Bundesregierung mit dem Blick auf diese Anmerkungen bei der Erstellung des 16. Sportberichts eine andere Systematik, zum Beispiel mit klar formulierten Zielstellungen und messbaren Kriterien verfolgen wolle. Er erinnert daran, dass die Internationale Vereinigung für Sport und Freizeiteinrichtungen vorgeschlagen habe, zum Thema Sportstätten einen Sachverständigenrat einzurichten und bittet hierzu die Bundesregierung und den Vertreter der Sportministerkonferenz, Staatssekretär Kirchner, um Auskunft.



Dr. Steffen Rülke (BMI) entgegnet, Ziel des Sportberichts sei primär die Information der Öffentlichkeit. Er habe formal keine Steuerungsfunktion und auch keinen wissenschaftlichen Anspruch im engeren Sinne, insofern sei auf Veröffentlichungen des BISp und anderer zu verweisen. Er glaube aber, dass sich das zukünftige Ausrichtungsmomentum allein aufgrund der Inhalte ergeben werde, mit denen sich die Sportpolitik derzeit beschäftige. Das betreffe zum einen die Reform der Spitzensportförderung, wo das BMI breite Debatten mit dem DOSB und auch mit Athleten Deutschland führe, letztere hätten diese Debatte ja dankenswerterweise angestoßen. Die Frage, was die Zielstellungen von Spitzensportförderung in Deutschland sei, werde zumindest im Ansatz auch in der Reform der Spitzensportförderung und in dem dann im September vorliegenden Feinkonzeptpapier beantwortet werden. Auch daraus ergäben sich zukünftige und strukturelle Ausrichtungen. Gleiches gelte für den Prozess um den Entwicklungsplan Sport. Auch dort mache man sich Gedanken um die zukünftige Ausrichtung in Fragen wie Nachwuchsgestaltung, Sportstätten oder die von Prof. Kähler angesprochenen Fragen, wie man mit segregierten Stadtteilen umgehe, wie die Vereine beim Ganztage eingebunden werden könnten, wie Kinder und Jugendliche frühzeitig in Bewegung gebracht werden könnten, und auch das Thema Ehrenamt werde in einer eigenen Arbeitsgruppe beleuchtet. Mit all diesen Fragen befassten sich in diesem Prozess erstmalig – auch das sei angemahnt worden – zuständigkeitsübergreifend Bund, Länder, Kommunen, aber auch der Sport. Diese Themen würden naturgemäß in einem nächsten Sportbericht auftauchen mit den dort gefundenen Ergebnissen, die in der Tat ein Fundus für die zukünftige Ausrichtung der Sportpolitik sein würden. Das betreffe auch die Frage Sportstätten, das Bauministerium sei in den Prozess um den Entwicklungsplan Sport eng einbezogen.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke.) erinnert an seine Frage nach der Position zur Einrichtung eines Sachverständigenrats.

Dr. Steffen Rülke (BMI) entgegnet, da diese Fragen im Moment bereits in den beiden Stakeholder-Prozessen debattiert würden, wolle er den Ergebnissen nicht vorgreifen. Der Sportausschuss werde natürlich informiert, sobald Ergebnisse erzielt seien.

Der **Vorsitzende** teilt mit, Staatssekretär Kirchner habe sich wegen eines Nachfolgetermins verabschieden müssen. Er schlage vor, der Sportminister die Frage schriftlich zu übermitteln.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke.) macht darauf aufmerksam, dass es seit über 30 Jahren das Phänomen eines unterschiedlichen Organisationsgrads im Sport in den ostdeutschen und den westdeutschen Ländern gebe. Er frage, wie sich Bundesregierung und DOSB mit diesem Thema auseinandergesetzt hätten, welche Vorschläge sie hätten und welche Möglichkeiten sie sähen, endlich voranzukommen.

Jens-Peter Nettekoven (DOSB) antwortet, vieles, was in den letzten 30 Jahren im Sport im Osten gut gelaufen sei, hätte man im Westen auch kopieren können. Der DOSB sei für die Sportstätten vor Ort nicht verantwortlich. Er sei für die Spitzensportförderung verantwortlich, verhalte sich gegenüber allen seinen Spitzenverbänden gleich und deswegen gibt es beim DOSB keine Trennung zwischen Ost und West. Die Strukturen im Osten seien teilweise besser gewesen, aber nach 30 Jahren müsse es nicht unbedingt so sein, dass alles das, was vor 30 Jahren gut gewesen sei, auch jetzt noch gut sei. Der Deutsche Olympische Sportbund achte sehr darauf, dass die Spitzenverbände und alle Verbände ihre Autonomie behielten und sie ihre Entscheidung in eigener Verantwortung trafen.

Dr. Steffen Rülke (BMI) entgegnet, wenn schon der Sport sich auf die Autonomie des Sports berufe, dann bleibe für ihn kaum ein Redebeitrag übrig, denn es handele nicht um den Kern des Tätigkeitsfelds im BMI. Im Prozess des Entwicklungsplans Sport spiele die Frage, wie Sport im ländlichen Raum betrieben werde, insgesamt eine Rolle. Ansonsten verweise er auf die Autonomie des Sports und der Vereine vor Ort.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD) geht davon aus, dass die Reformprozesse dazu führten, sich insgesamt etwas professioneller aufzustellen, in vielen Bereichen zielgerichteter handeln zu können und dies mit bestimmten Instrumenten hinterlegen und kontrollieren zu können. Dies sei auch geboten, um die Wirksamkeit der eingesetzten Gelder überprüfen zu können. Man fange jedoch nicht am Nullpunkt an, sondern es liefen bereits Prozesse, auch in den Fachverbänden, wie Herr Nettekoven es dargestellt habe. Als Beispiel nennt sie das Konzept



des DFB, Schiedsrichterinnen, Frauenfußball und Mädchenfußball nach vorne zu bringen, das genaue Ziele, Instrumente und einen Zeitrahmen vorsehe. Anknüpfend an die Aussage von Herrn Beucher, er hoffe, dass die Special Olympics nicht wie ein Feuerwerk verpufften, habe sie feststellen können, dass sich die Vereine – nicht in breiter Masse, aber doch der eine oder andere – für Menschen mit Behinderungen öffneten. Dennoch bestünden weiterhin viele Hürden, da ihnen Plätze und Zeiten fehlten, wenn sie zusätzliche Kapazitäten für den Behindertensport bereitstellen wollten. Sie bitte um Einschätzung, ob auch der DBS eine Tendenz zum Besseren sehe oder ob „jeder für sich“ immer noch das Gebot der Stunde sei.

Friedhelm Julius Beucher (DBS) antwortet, es gebe an diesen Weltspielen nicht das Geringste zu kritisieren. Im Gegenteil, sie hätten den Fokus auf Menschen mit Behinderung und – in diesem Fall – mit geistiger Behinderung gelegt, die in der Lage seien, Sport zu treiben und für die es auch notwendig sei, Sport zu treiben. Was fehle, seien die Strukturen dahinter. Der Deutsche Behindertensportverband sei zuständig für Menschen mit Behinderung, fürs Sporttreiben, auch für Menschen mit geistiger Behinderung. Special Olympics sei 1991 in Deutschland gegründet worden, komme aus den USA und beziehe sich ausschließlich auf den Sport. Für Menschen mit Behinderung fehlten durchgängige Strukturen, um ihnen angemessene Angebote in Sachen Sport unterbreiten zu können, häufig hänge es vom Engagement Einzelner ab. Ein großes Problem sei der Sport in den Werkstätten. So gut es sei, dass in den Werkstätten Sport angeboten werde, stehe er nur werktäglich zu bestimmten Zeiten zur Verfügung. Wenn Menschen mit geistiger Behinderung aus dem Arbeitsleben, den Werkstätten herauskämen, dann hätten sie bis auf ganz wenige Ausnahmen keine Möglichkeit, Sport zu treiben. Dies sei ein Thema, das DBS und Special Olympics beschäftige. Am morgigen Tag werde eine gemeinsame Veranstaltung stattfinden, um das Problem anzugehen, dass sowohl Manpower als auch Plätze fehlten. Auch bei den Paralympics würden übrigens – in den Sportarten Tischtennis, Schwimmen und Leichtathletik – Wettbewerbe für Menschen mit geistiger Behinderung angeboten, das seien aber nicht viele. Aber das sei sicherlich ein wichtiger Hinweis auf zukünftiges gemeinsames Sporttreiben von Menschen mit geistiger und Menschen mit körperlicher Behinderung, so wie es

in einzelnen Vereinen in der Bundesrepublik unterschiedlich intensiv stattfindet.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD) merkt an, dass es immer Bedarf an Menschen gebe, die sich ehrenamtlich engagierten, dass aber zu wenig an Menschen mit Behinderung als Ehrenamtler gedacht werde, und bittet hierzu um eine Einschätzung.

Stefan Kiefer (DBS) antwortet, der DBS habe das Ehrenamt sehr intensiv im Blick. Es gebe eine Reihe von Projekten, die der DBS auch mit mit anderen Organisationen, etwa im Stiftungsbereich durchführe und durch die auch Menschen mit Behinderungen in das Ehrenamt hineingeführt werden. In diesem Bereich müsse dennoch mehr geschehen, da es selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sei, auch solche Aufgaben zu übernehmen. Zudem helfe es auch im organisierten Sport und in anderen Bereichen, wenn das ehrenamtliche Engagement auch hier gestärkt und ausgebaut werde.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD) merkt an, dass Athleten Deutschland bei den derzeit anstehenden Veränderungsprozessen stark vertreten sei und fragt, wie Athleten Deutschland diesen Prozess wahrnehme, ob er den Sport nach vorne bringe und wie sich die Teilnehmer sich einbringen könnten.

Johannes Herber (Athleten Deutschland) entgegnet, die Frage, ob der Prozess den Sport nach vorne bringen könne, könne er ganz klar mit „Ja“ beantworten. Unter hohem Zeitdruck habe es eine gute Arbeitsatmosphäre gegeben und er sei optimistisch, dass im September gute Ergebnisse vorgelegt werden könnten.

Abg. **Dieter Stier** (CDU/CSU) betont, wenn man den Sportentwicklungsbericht lese, dann bestätige sich der Eindruck, dass 16 Jahre unter Führung der Union in der Großen Koalition nicht ganz so schlecht gewesen sein könnten. Als Stichworte seien zu nennen: Gut durch die Pandemie gekommen, Athleten Deutschland, Sportgroßveranstaltungen, Neustrukturierung des Leistungssports, Gesetzgebung, Doping- und Spielmanipulation, Safe Sport auf den Weg gebracht und noch vieles anderes. Er teile die Einschätzung, dass der Zustand der Sportstätten ein Problem sei und bittet Prof. Kähler, die Folgen der unterbliebenen Fortführung des „Investitionspakts Sportstätten“ auf die Kommunen zu schildern. Zudem wäre er für eine Einschätzung der Folgen der beabsichtigten



Neuerungen des Gebäudeenergie-Gesetzentwurfs für Schwimmbäder, Sportvereine oder die Sportstätteninfrastruktur dankbar.

Prof. Dr. Robin Köhler (IAKS Deutschland) antwortet auf die letzte Frage, dass es eine intensive Diskussion mit den Sportorganisationen gebe, wie das finanziell überhaupt geleistet werden solle. Auch in den Kommunen gebe es die Diskussion darüber, welche Projekte vor dem Hintergrund der Kostensteigerungen überhaupt noch finanzierbar seien. Ebenso stelle sich die Frage, was sich die Vereine noch leisten könnten, was finanzierbar und zumutbar sei und welche Folgen das für das Angebot zum Beispiel von kleineren und mittelgroßen Vereinen habe. Zum Thema Gebäudeenergie sei er kein Experte, gegebenenfalls könne er noch etwas nachreichen.

Die Enttäuschung, dass der erste Investitionspakt eingestampft worden sei, sei groß gewesen. Die Begründung habe IAKS Deutschland nie verstanden, weil der Investitionspakt ganz konkret auf die Sanierungs- und Modernisierungsbedürfnisse der Kommunen und der Vereine abgezielt und wirklich gut funktioniert habe, auch wenn es immer Verbesserungspotential hinsichtlich des administrativen Ablaufes der Antragstellung gebe. Das im Gegenzug aufgestockte SJK-Programm treffe die Bedürfnisse der Kommunen nicht so ganz, wohingegen der Investitionspakt die Fragen und Probleme der Kommunen oder Vereine wirklich genau angesprochen haben. Er hoffe daher, dass die Diskussion auch in die anderen Ausschüsse des Bundestages hineingetragen und in den Fraktionen diskutiert werde. IAKS Deutschland empfehle, das Thema Sanierung und Modernisierung der Sportstätten ernst zu nehmen. Es handele sich nicht um ein eher ökonomisches oder technisches Problem, vielmehr hätten die kleineren und mittleren Schäden erhebliche negative Auswirkungen. Untersuchungen hätten festgestellt, dass durchschnittlich ungefähr 50 Prozent der Sportstätten mehr oder weniger mangelbehaftet seien. Das seien nicht immer große Mängel, aber sie seien stark beeinträchtigend aus Sicht derjenigen, die die Sportstätten benutzen, die darin unterrichteten oder den Schulsport ausübten, bis hin zur Verletzungsgefahr. Ein zweiter Aspekt sei, dass Kinder und Jugendliche, aber auch die anderen Sportler die Räume leibhaftig erlebten. Man spreche vom erlebten Raum und wenn dieser nicht positiv wirke, verändere sich auch die

Einstellung der Kinder und Jugendlichen in der Schule zum Sport. Somit sei zu berücksichtigen, dass die erlebten Mängel einen erheblichen Einfluss auf die Bereitschaft der Nutzenden hätten, überhaupt Sport zu treiben.

Abg. **Dieter Stier** (CDU/CSU) legt dar, dass der Ausblick des Sportberichts in Ressortzuschnitten dargestellt sei und fragt den DBS, ob es nicht besser sei, einen ganzheitlichen Blick auf die Dinge zu werfen.

Friedhelm Julius Beucher (DBS) antwortet, dass im Behindertensport grundsätzlich angestrebt werde, in die Sportfachverbände zu gehen. Der DBS sei Spitzenverband im Deutschen Olympischen Sportbund und sehe, dass auch international, beim IPC, der Weg beschritten werde, stärker in die Fachverbände zu gehen. So habe das Internationale Paralympische Komitee World Paraski praktisch aufgelöst und sei in die FIS gegangen. Das sei der erfolgversprechende Weg, der sich dann auch in Sportentwicklungsberichten niederschlagen könne.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen) legt dar, mit den Special Olympics könnten zurzeit wunderbare Weltspiele erlebt werden, die die Freude auf die Paralympischen Spiele im nächsten Jahr in Paris steigerten. Es sei wichtig, dass die Förderung des Behindertensports weiter anwachse. Sie führt aus, dass IAT, FES und Sporthochschule Köln zeigten, dass Forschung und Sport in Deutschland erfolgreich zusammenarbeiteten. Sie fragt, wo es Potenziale zur Vernetzung gebe und welche inhaltlichen Tendenzen und Entwicklungen für die Zukunft der sportwissenschaftlichen Forschung im Bereich der Frauen gesehen würden. Hier bestehe viel Nachholbedarf, auch in Deutschland.

Univ.-Prof. Dr. Christoph Breuer (DSHS) entgegnet, Wissenschaft zu koordinieren sei wahrscheinlich noch anspruchsvoller als die Koordinierung der Sportförderung auf Bund-, Länder- und kommunaler Ebene. Im Hinblick auf die spezifische Förderung der Sportwissenschaft mit dem Fokus auf Mädchen und Frauen habe das BISp aktuell einen Forschungsschwerpunkt, der dieses Jahr anlaufe. Ihm als Sozialwissenschaftler bleibe, darauf hinzuweisen, dass zu diesem Thema auch die Sozialwissenschaften des Sports einiges beisteuern könnten. Was im BISp zu diesem Thema laufe, sei relativ knapp im Sportbericht wiedergegeben und könnte auch vertieft werden.



Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen) bittet den DBS um Auskunft, wie erreicht werden könne, dass mehr als sieben Prozent Sport trieben und Integration im Sport in der Breite stattfinde.

Friedhelm Julius Beucher (DBS) antwortet, dass die in der Frage genannten sieben Prozent sich seines Wissens auf den Sport von Menschen mit geistiger Behinderung bezögen. Insgesamt betrieben 55 Prozent der Menschen mit Behinderung – da seien die sieben Prozent enthalten – keinen Sport. Das sei eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung. Weder DBS noch DOSB seien in der Lage, das zu ändern. Es gebe den durchaus signifikanten Unterschied zu Menschen ohne Behinderung, von denen über 30 Prozent keinen Sport trieben, dann müsse man nach den Gründen suchen. In über 90 Prozent der Sportstätten bestehe keine Barrierefreiheit. Im ländlichen Bereich bestünden Mobilitätseinschränkungen, die die Menschen mit Behinderung stärker beträfen, und es gebe eine lange Liste weiterer Gründe. Der DBS tue, was er könne, es gebe viele Initiativen, die auch gefördert würden, aber zunächst gelte es, die Delle zu füllen, die Corona hinterlassen habe. Zu anderer Zeit habe er bereits im Ausschuss berichtet, dass der DBS über 100 000 Mitglieder verloren habe. Jetzt erwarte er die neuen Mitgliederbestandzahlen, die hoffentlich wieder angezogen hätten.

Abg. **Jörn König** (AfD) macht darauf aufmerksam, dass im Bericht auf Seite 169 die „politische Bildungsarbeit zu sportlichen Großereignissen“ dargestellt werde. Dies habe bei ihm zu einem Deja vu geführt, er sei sich wie in einem Seminar vorgekommen, in der größten DDR aller Zeiten. Mit politischer Bildungsarbeit sei die Sportministerin bei der Fußball-WM in Katar gerade krachend gescheitert. Er halte es für ziemlich arrogant, anderen Ländern Sitten und Bräuche vorschreiben zu wollen. Dazu sei es historisch unsensibles Verhalten, wenn deutsche Politiker mit Armbinden im Ausland aufträten. Er fragt, wann und wie die Bundesregierung plane, die sogenannte politische Bildungsarbeit im Sport zu beenden und wieder zur gebotenen politischen Neutralität zurückzukehren.

Dr. Patrick Spitzer (BMI) entgegnet, er sehe keinen Anlass, von diesen Programmen Abstand nehmen.

Abg. **Jörn König** (AfD) fragt, ob nach deren Auslaufen Anschlussprojekte geplant seien.

Dr. Patrick Spitzer (BMI) antwortet, er könne zur Projektplanung im Einzelnen nichts sagen, werde aber die Frage zur schriftlichen Beantwortung mitnehmen (s. Anlage 5).

Abg. **Philipp Hartewig** (FDP) legt dar, der Komplex der Digitalisierung finde sich in einigen Bereichen des Berichts wieder. Beschrieben werde auch, dass das BMI im Jahr 2020 das BISp mit der Erstellung eines Konzepts für eine IT-Rahmenarchitektur im Leistungssport beauftragt habe. Er bittet um Auskunft zum Stand der Digitalisierung, auch im Zuge der Leistungssportreform und fragt, welche Erwartungen Athleten Deutschland habe.

Dr. Patrick Spitzer (BMI) führt aus, dass im Rahmen der Erarbeitung des Spitzensportkonzepts allen Beteiligten bewusst sei, dass zu den Maßnahmen, die derzeit erarbeitet würden, auch die Digitalisierung hinzutreten müsse, und zwar in verschiedenen Bereichen. Insbesondere die Zuwendungen müssten digitalisiert werden, aber auch die Sportdaten, um deren Bündelung und Auswertung es gehe. Alle Teilnehmer an dem Prozess eine, dass dies nur auf digitalem Weg funktioniere. Es handele sich um ein anspruchsvolles Projekt, da eine Vielzahl einzelner digitaler Lösungen zusammengeführt werden müsse.

Johannes Herber (Athleten Deutschland) ergänzt, auch Athleten Deutschland habe am genannten BISp-Projekt teilgenommen. Eines der Ergebnisse sei gewesen, dass es, wenn er sich recht erinnere, 99 verschiedene Formen der Dokumentation der Daten gebe. Insofern stimme er zu, dass es ein herausforderndes Projekt sei. Es sei in der Tat sehr lohnenswert, auch im Hinblick auf die Agentur, die eine Reporting- und Controlling-Funktion übernehmen solle, aber auch für die Athletinnen und Athleten, um ihre Karriereverläufe zu verfolgen, oder um besser zu verstehen, wie Talente ins System kämen, wie sie verloren würden oder was nach ihrer Karriere geschehe.

Abg. **Philipp Hartewig** (FDP) hält es ebenfalls für lohnenswert, diesen Weg zu beschreiten. Er macht auf die Plattform „parasport.de“ des DBS aufmerksam, die er für sehr gelungen halte.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke.) macht darauf aufmerksam, dass als Vertreter der Bundesregierung mittlerweile weder der Parlamentarische Staatssekretär noch der zuständige Abteilungsleiter



anwesend seien. Das kenne er aus anderen Ausschüssen nicht und halte es angesichts der Beratung eines so wichtigen Tagesordnungspunkts auch nicht für angemessen. Er bittet, dass sich die Obleute bis zur nächsten Sitzung hierüber verständigten.

Er legt dar, dass hinsichtlich der Sanierung der Sportstätten in der Öffentlichkeit unterschiedliche Zahlen genannt würden. Zu hören sei zum einen von einem Investitionsstau in Höhe von etwa 13 Milliarden und zum anderen von 31 Milliarden. Er fragt, wie dieser Unterschied interpretiert werde, wo sich die Investitionssummen einpegeln würden und was von der Politik angesichts der vorgeschlagenen Summe von einer Milliarde pro Jahr erwartet werde.

Prof. Dr. Robin Kähler (IAKS Deutschland) führt aus, die Zahl 12,6 Milliarden sei vor vier Wochen im Rahmen eines vom Deutschen Institut für Urbanistik organisierten Seminars zum Thema Energieentwicklung und nachhaltige Sportstätten von der KfW genannt worden. Die Zahl 31 Milliarden sei vom DOSB genannt worden. Beide Zahlen müssten in der Praxis überprüft werden. Es handele sich um grundsätzlich politische Zahlen, da Sachbearbeiter in den Kommunen den Bedarf je nach Hintergrund oder Interesse unterschiedlich einschätzen könnten. Er erwarte, dass wunderschön formulierte Ziele tatsächlich umgesetzt würden und der Notstand behoben werde. Wenn man wolle, dass die Menschen Sport trieben, dann brauche man angemessene Sport- und Bewegungsräume und nicht nur gute Worte, dann müsse die Politik Geld in die Hand nehmen. Ihm sei bewusst, dass die genannte Milliarde erst erhoben werden müsse und nicht reiche, aber wenn man nicht mit wenigstens einem Minimum anfangen, dann nütze auch der Entwicklungsplan Sport nichts.

Der **Vorsitzende** dankt den Sachverständigen. Er macht darauf aufmerksam, dass der Sportbericht nach der heutigen Anberatung im Zusammenhang mit der Beratung der Spitzensportreform erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden solle.

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Abgeordneten Jörn König, Klaus Stöber, Andreas Bleck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Erfolg muss honoriert werden – Prämien für gehörlose Medaillengewinner der Deaflympics

BT-Drucksache 20/6718

Der **Vorsitzende** teilt mit, die Obleute hätten sich auf eine kurze Debatte nach dem bekannten Muster geeinigt.

Abg. **Jörn König** (AfD) erläutert, der Titel des Antrags sei selbsterklärend. Erfolg müsse honoriert werden. Sein Ziel sei, dass gehörlose Medaillengewinner ebenso wie die Medaillengewinner bei den Olympischen und Paralympischen Spielen Prämien erhielten. Die Vertreter des Deutschen Gehörlosen-Sportverband hätten sich hier im Sportausschuss so geäußert, dass es statt einer Prämie lediglich einen warmen Händedruck vom Bundespräsidenten und das silberne Lorbeerblatt als Auszeichnung gebe. Um diese offenkundige Ungerechtigkeit abzuschaffen, habe seine Fraktion den Antrag gestellt. Er bitte um Zustimmung.

Abg. **Jasmina Hostert** (SPD) macht darauf aufmerksam, dass der Verband, der angeblich unterstützt werden solle, sich von dem Antrag distanziert habe. Sie zitiere aus der Pressemitteilung des DGSV: „Der Deutsche Gehörlosensportverband distanziert sich von diesem Vorstoß, er ist ohne Rücksprache und Abstimmung mit dem Deutschen Gehörlosen-Sportverband erfolgt. Für einen Sport, der verbindet, statt zu spalten, ist die AfD-Fraktion kein Partner, mit dem wir zusammenarbeiten wollen“. Besser könne sie es nicht sagen. Es sei eindeutig, dass die AfD-Fraktion verschiedene Para-Sportarten gegeneinander ausspielen wolle. Ihre Fraktion sei mit allen Verbänden im Bereich Para-Sport im Gespräch und spreche sich für eine gleichmäßige, aber auch zielgerichtete Förderung aller aus. Deswegen sei der Antrag abzulehnen.

Abg. **Johannes Steiniger** (CDU/CSU) teilt mit, er schließe sich den Ausführungen seiner Vorrednerin hinsichtlich der Pressemitteilung an. Wie bereits vor zwei, drei Wochen beim Antrag der AfD zum Schach würden die Verbände damit in eine unangenehme Situation gebracht. Ergänzend weist



er darauf hin, dass schlechte Trainingsbedingungen als Begründung für eine Erhöhung der Prämien nicht taugten, da diese nur wenig helfe, aber nicht eine breite Verbesserung bringe. Die CDU/CSU-Fraktion lehne den Antrag ab.

Abg. **Tina Winklmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilt mit, auch ihre Fraktion lehne den Antrag ab. Ihre Vorredner/-innen hätten zur Begründung schon alles gesagt. Sie wolle nur noch herausstellen, dass nicht immer wieder nur auf Medaillengewinnerinnen und -gewinner abgezielt und dadurch die Breite vergessen werden dürfe.

Abg. **Christian Görke** (DIE LINKE.) und Abg. **Philipp Hartewig** (FDP) stellen fest, dass sie sich den bisher vorgebrachten Argumenten anschließen. Sie lehnten den Antrag ebenfalls ab.

Abg. **Jörn König** (AfD) erwidert, bei der Pressemitteilung handele es sich um ein schönes Eigentor des Verbandes. Der DOSB habe einen nicht satzungsgemäßen Diskriminierungsbeschluss gegen die AfD gefasst. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, warum es dann schlechter Stil sei, wenn die AfD frei von Lobbyinteressen einen sinnvollen Antrag vorlege. Dass der Antrag sinnvoll sei, sehe man unter anderem am letzten Absatz der Pressemitteilung, in dem der Deutsche Gehörlosen-Sportverband mitteilt, er würde sich über Initiativen und Gespräche von und mit den anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages zu diesem Thema freuen. Offensichtlich liege ein Versäumnis vor, das auch vom DG-SV bestätigt werde. Zum Argument von Frau Winklmann stellt er fest, Kerngeschäft des Sportausschuss des Deutschen Bundestages sei die Spitzensportförderung und er habe beispielsweise beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt mehrmals mit seinen Fragen deutlich gemacht, dass die Sportstättenförderung ausgebaut werden müsse. Sportstättenförderung habe mit Breitensport zu tun, Sport kann nicht ohne Sportstätten stattfinden. Seine Fraktion setze sich in einem hohen Maße auch für den Breitensport ein. Die auch in der Pressemitteilung immer wiederkehrenden hohlen Phrasen, mit denen die AfD ausgegrenzt werde, seien einfach lächerlich.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Koalition, der CDU/CSU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE., gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der AfD.

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Nachhaltige Entwicklung krisenfest machen – Rückkehr zur soliden Haushaltspolitik, Infrastruktur stärken, erneuerbare Energien ausbauen, Ernährung sicherstellen

BT-Drucksache 20/3688

Der **Vorsitzende** teilt mit, die Obleute hätten sich darauf geeinigt, auf eine Aussprache zu verzichten.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Koalition, der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der CDU/CSU.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Abg. **Fritz Güntzler** (CDU/CSU) führt aus, er wolle das, was Herr Görke unter Punkt 1 der Tagesordnung gesagt habe, aufgreifen. In einer sehr angenehmen Atmosphäre sei heute der Sportbericht der Bundesregierung besprochen worden. Es möge immer andere Verpflichtungen geben, aber dieser Termin habe lange festgestanden. Dass weder die Ministerin noch der Parlamentarische Staatssekretär noch der Abteilungsleiter es für notwendig erachteten, bis zum Ende der Debatte anwesend zu sein, sei gewöhnungsbedürftig. Dass der Staatssekretär einführe, dann aber nicht der vollständigen Debatte folge, sei unglücklich. Er hätte erwartet, dass der Staatssekretär die ganze Debatte dabei sei und allen Ausschussmitgliedern die Möglichkeit gebe, Fragen an ihn zu richten.

Abg. **Philip Krämer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, er halte es auch für ungünstig, wenn der Vertreter der Sportministerkonferenz, unbenommen aller Verpflichtungen, sich relativ früh verabschieden müsse, sodass auch er für ein Gespräch und für Rückmeldungen nicht mehr zur Verfügung stehe.

Der **Vorsitzende** teilt mit, er werde bis spätestens zum nächsten Obleutegespräch auf dieses Thema zurückkommen.

Er schließt die Sitzung.



Ende der Sitzung: 16:42 Uhr

Frank Ullrich, MdB
Vorsitzender



**Institut für Sportökonomie und
Sportmanagement**

Institute of Sport Economics and
Sport Management

Univ.-Prof. Dr. Christoph Breuer
Institutsleiter

Am Sportpark Müngersdorf 6
50933 Köln · Deutschland
Telefon +49(0)221 4982-6095
Telefax +49(0)221 4982-8144
breuer@dshs-koeln.de
www.dshs-koeln.de

Deutsche Sporthochschule Köln · 50927 Köln

Deutscher Bundestag
Sportausschuss

Ausschussdrucksache
20(5)186

STELLUNGNAHME ZUM 15. SPORTBERICHT DER BUNDESREGIERUNG

Köln, 12. Juni 2023

Ziel des Sportberichts ist es, maßgebliche Eckdaten der Sportpolitik der Bundesregierung darzulegen und die Sportförderpolitik des Bundes zu bilanzieren (Deutscher Bundestag 2023, S. 17). Darüber hinaus soll der 15. Sportbericht einen Ausblick auf die zukünftige Gestaltung der Sportförderpolitik der Bundesregierung geben.

Würdigung

Der 15. Sportbericht der Bunderegierung wird seiner Zielstellung sehr gut gerecht, Eckdaten der Sportpolitik des Bundes darzulegen die Sportförderpolitik des Bundes zu bilanzieren. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die allgemeinen Rahmenbedingungen der Sportpolitik des Bundes, die Maßnahmen zur Unterstützung des Sports in Bezug auf die SARS-CoV-2 Pandemie, die Förderung des Spitzensports sowie die gesellschaftliche Bedeutung des Sports.

Insgesamt zeigt sich eine sehr große Kontinuität zu den vergangenen Sportberichten. In weiten Teilen des Kapitels zur Sportpolitik der Bundesregierung werden Absätze aus den vergangenen Berichten übernommen. Dies gilt für das Grundverständnis der Sportpolitik des Bundes, die Regelung von Zuständigkeiten, aber auch weiten Bereichen zur Finanzierung des Sports. Strukturelle und inhaltliche Kontinuität weisen auch viele andere Bereiche auf, so z.B. die Ausführungen zur Förderung des Spitzensports. Diese Kontinuität ist Resultat eines stabilen Grundverständnisses zur Rolle des Sports in der Gesellschaft sowie einer stabilen Systemordnung der Sportpolitik und -förderung. Zudem erleichtert strukturelle Kontinuität die Vergleichbarkeit im Zeitverlauf, also zwischen Sportberichten.

Im 15. Sportbericht zeigen sich aber durchaus auch Veränderung und Anpassungen: Im Vergleich zu früheren Sportberichten wird die



Bedeutung des Sports für den gesellschaftlichen Zusammenhalt verstärkt betont. Auffällig sind auch der Fokus auf Sportgroßveranstaltungen sowie die Erweiterung der Zielsetzung vom sauberen Sport zum integren Sport, durch die insbesondere das Bekämpfung sexualisierter Gewalt im Sport eine Aufwertung erhalten hat. Im längeren Zeitvergleich fällt zudem der Bedeutungszuwachs der Dualen Karriere auf, die mittlerweile auch auf den besonderen Bedarf von Sportlerinnen und Sportlern mit Behinderungen eingeht. All dies sind Anpassungen, die sowohl aus gesellschaftlicher als auch aus sportwissenschaftlicher Perspektive erforderlich waren und unbedingt zu begrüßen sind.

Eine Besonderheit des 15. Sportberichts stellt die Dokumentation der Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterstützung des Sports in Bezug auf die SARS-CoV-2-Pandemie dar. An den Maßnahmen wird deutlich, dass die Sportförderpolitik des Bundes anpassungsfähig ist und durchaus schnell auf veränderte Bedarfe reagieren kann.

Insgesamt stellt der 15. Sportbericht damit wieder eine notwendige Dokumentation der Sportpolitik und Sportförderung des Bundes und eine unersetzliche Informationsbasis für Politik, öffentliche Sportverwaltung, Sportselbstverwaltung und Wissenschaft dar.

(Konstruktive) Kritik

Trotz der bemerkenswerten Leistungen des 15. Sportberichts sind mindestens drei Ebenen und Aspekte zu benennen, deren Reflektion und Bearbeitung zukünftig die Sportberichterstattung des Bundes noch leistungsfähiger machen könnte: (1) Planungspotenzial und -kompetenz des Sportberichts, (2) die Darstellung der gesellschaftlichen Leistungen des Sports bzw. die Eigenreflektion normativer Grundaussagen zum Wert des Sports, (3) die Rolle der (Sport-)Wissenschaft im Sportbericht.

Planungspotenzial und -kompetenz

Bei allen Vorzügen fällt auf, dass auch der 15. Sportbericht primär den Charakter eines Rechenschaftsberichtes hat. Daran ändert auch das prinzipiell zu begrüßende Kapitel zum Ausblick bzw. zu den Planungen und Perspektiven für den Sport in Deutschland nur wenig. In diesem Perspektivkapitel wird lediglich nach Ministerien differenziert berichtet. Dadurch geht der Blick auf das große Ganze leicht verloren bzw. wird ein roter Faden einer ganzheitlich abgestimmten und zukünftig ausgerichteten Sportpolitik und -förderung des Bundes nicht klar erkennbar. Durch dieses Grundmuster als Rechenschaftsbericht schöpft der Sportbericht sein Steuerungspotenzial kaum aus. Man erfährt zwar, was der Bund in der letzten Legislaturperiode getan und gefördert hat. Und es ist wichtig, dass dies in dieser Breite und Tiefe auch dokumentiert



wird. Man erfährt aber zu wenig, wo die Reise der Sportpolitik und Sportförderung des Bundes zukünftig hingehen soll, welche konkreten messbaren Ziele in welchen Zeiträumen erreicht werden sollen und weshalb. Wo Ziele benannt werden, ist die Zielformulierung meist nur recht unverbindlich. Infolgedessen erfährt man auch nur wenig über daraus abgeleitete und notwendige Maßnahmen. Es ließe sich nun argumentieren, Autonomie und Subsidiarität des Sports erfordern eine diesbezügliche Zurückhaltung. Dem entgegen stehen partielles Markt- und durchaus auch partielles Verbandsversagen im Bereich der nationalen Sportsteuerung und -planung. Zwar ist der DOSB durchaus breit aufgestellt und kümmert sich um viele Themen. Als Mitgliederorganisation ist er aber primär dem im DOSB organisierten Sport verpflichtet und liefert mit seiner Strategie 2028 dadurch keinen hinreichenden Steuerungsansatz für eine über die Belange des DOSB hinaus reichende nationale Sportpolitik und -förderung. Es finden sich dort auch kaum konkrete messbare Ziele für alle wesentlichen inhaltlichen Bereiche des Sports. Somit wäre ein offensiveres Agieren des Staats auf dem Gebiet der nationalen Steuerung und Planung des Sports durchaus legitimiert. Australien, Großbritannien und Kanada – um nur einige Beispiele zu nennen – sind da Deutschland weiterhin voraus. Sie benennen konkrete messbare Ziele ihrer nationalen Sportpolitik und -förderung.

Man müsste dieses Manko nicht zwangsläufig dem Sportbericht anlasten. Da es aber gegenwärtig kein anderes Steuerungsinstrument einer integrativen Sportplanung und -förderung des Bundes im Sinne eines Policy-Cycles gibt, in dem sich Monitoring und Evaluation (Sportberichterstattung) und Planung und Intervention (Sportpolitik und -förderung) gegenseitig bedingen (vgl. Abb. 1), und dadurch eine Sportpolitik und -Sportförderung des Bundes Gefahr läuft ihr Potenzial nicht ganz zu heben, sei dies an dieser Stelle angemerkt.

Ohne eine solche Logik werden Maßnahmen lediglich dokumentiert, aber nicht im Hinblick auf ihre Effektivität und Effizienz und auch nicht vergleichend bewertet, so dass unklar bleibt, ob (a) die Maßnahmen geeignet sind, um die Ziele zu erreichen, (b) Ziele durch die Maßnahmen tatsächlich erreicht werden, und (c) Ziele nicht durch alternative Maßnahmen effektiver oder effizienter erreicht werden. Ohne Ziele lässt sich nicht steuern. Wissenssoziologisch betrachtet liefert der 15. Sportbericht damit höchst interessante Daten und Informationen, die aber ohne Einbettung in und Verknüpfung mit klare(n) strategische(n) und operative(n) Aussagensysteme(n) nur begrenzt eingeordnet werden können, um Sinn, Effektivität und Effizienz der Maßnahmen und damit der Sportpolitik und -förderung des Bundes schlussfolgern zu können. Auch Rechenschaft kann eigentlich

erst richtig abgelegt werden können, wenn konkret klar gemacht wird, warum und mit welchem Erfolg für etwas Geld ausgegeben wurde.

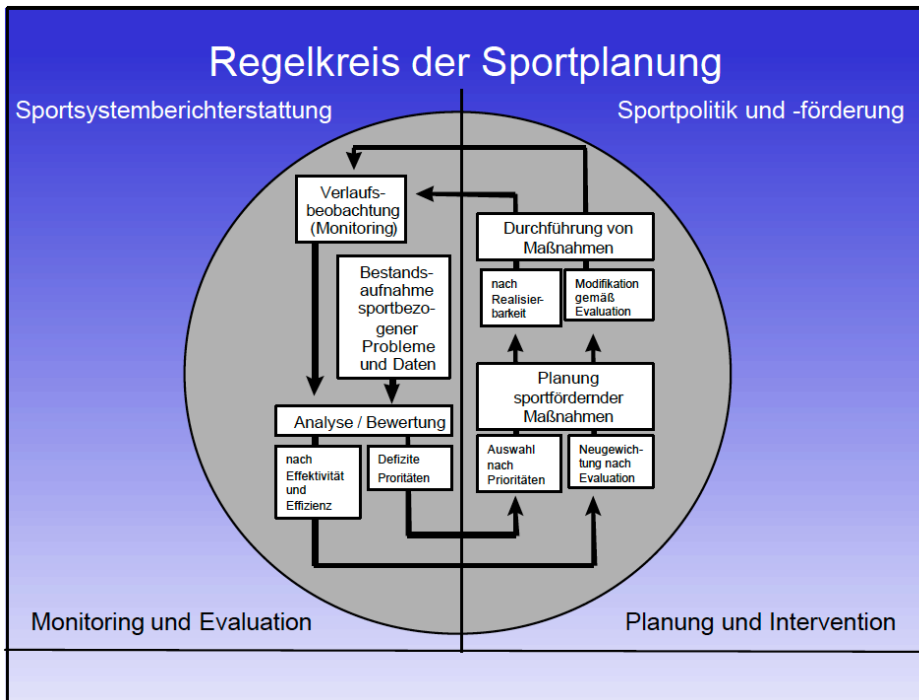


Abb. 1: Steuerungsmodell der Sportpolitik und -förderung im Sinne eines Policy-Cycles (Breuer, 2005)

Teilweise wirken die Kapitel sehr additiv, stellenweise ist der rote Faden nur schwer erkennbar. Auch dies dürfte damit zusammenhängen, dass auf eine Gliederungslogik nach allgemeinen und vor allem konkreten Sportförderzielen weitgehend verzichtet wird. Da sich auf Basis einer solchen Logik auch die Maßnahmen die Bundes besser reflektieren ließen, könnte man überlegen, die Teile B „Förderung des Spitzensports“, C „Integrität des Sports“, D „Maßnahmen des Bundes im Breitensport“ und F „Gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports“ jeweils in drei Binnenbereiche zu untergliedern, in denen (1) die konkreten sportpolitischen Ziele für die vergangene und laufende Legislaturperiode beschrieben und begründet werden, (2) die Maßnahmen zur Zielerreichung der vergangenen Legislaturperiode dokumentiert, eingeordnet und bewertet werden und (3) die aufgrund einer aktuellen Situationsanalyse notwendigen bzw. sinnvollen Maßnahmen im Sinne einer effektiveren und effizienteren Zielerreichung für die kommende(n) Legislaturperioden beschrieben werden. Auf diese Weise würde zugleich ein Verbesserungskreislauf in Gang gesetzt werden.



Instruktiv sind hierzu beispielsweise die Berichte bzw. Strategiepapiere der jeweiligen Regierungen zur Förderung des Spitzensports in Australien sowie in Kanada (vgl. Literaturverzeichnis). Beide Länder zeichnen sich zudem dadurch aus, dass Politik- und Wissenschaftssystem stärker integriert zusammenarbeiten und der Evidenzbasierung von Maßnahmen hohe Bedeutung beigemessen wird. Durch die stärkere Einbindung von Forschung kann es auch noch besser gelingen, innovative Aspekte in die Sportförderung einzubauen. So stehen z.B. die Bereiche „Förderung des Spitzensports“ und „Gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports“ im 15. Sportbericht disjunkt nebeneinander, obwohl klare Hinweise vorliegen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in besonderer Weise und sogar stärker als Menschen ohne Migrationsgeschichte emotional von Spitzensporterfolgen Deutschlands profitieren (Hallmann et al., 2013), was integrationspolitisch nicht unbedeutend sein dürfte.

Damit die Einrichtungen des Bundes weiterhin in klassischer Weise Rechenschaft ablegen können, könnte über eine Matrixstruktur des Berichts nachgedacht werden, indem auf die oben skizzierte inhaltliche Gliederung eine Auflistung der Einrichtungen des Bundes und ihrer jeweiligen Beiträge folgt.

Darstellung der gesellschaftlichen Leistungen des Sports

Normativer Anker der Sportpolitik und Sportförderung des Bundes sind die gesellschaftlichen Funktionen des Sports bzw. der Glaube an seine Bedeutung für das Gemeinwohl. Klar ist, dass eine Sportpolitik von positiven gesellschaftlichen Potenzialen und Effekten des Sports überzeugt sein muss. Klar wird bei der Lektüre des 15. Sportberichts auch, dass nicht nur von Sonnenseiten des Sports ausgegangen wird, sondern auch seine Schattenseiten reflektiert und angegangen werden. In Bezug auf die gesellschaftlichen Leistungen des Sports als zentrale Legitimationsformel öffentlicher Sportförderung ist zu attestieren, dass diese Argumentation heute etwas vorsichtiger geführt wird als noch vor zwanzig Jahren (vgl. Rittner & Breuer, 2000). Dennoch kann trotz beträchtlicher Gemeinwohlpotenziale des Sports nicht umstandslos davon ausgegangen werden, dass Sport per se immer und in allen Facetten positiv wirkt. Mittlerweile liegen klare Evidenzen vor und das Wissen um Mediations- und Moderations-, aber auch um Selektionseffekte ist deutlich angewachsen. Es würde den Sportberichten und der normativen Verankerung der Sportpolitik und Sportförderung des Bundes guttun, die Differenziertheit des Wissenstandes bei der normativen Begründung der Sportförderung stärker zu berücksichtigen. Im besten Fall führt eine differenziertere Argumentation auch zu noch differenzierteren und damit noch Ziel führenderen Maßnahmen des Bundes. Wer es ernst damit meint, das



Gemeinwohlpotenzial des Sports umfassend heben zu wollen, der muss sich auch dessen Grenzen und Einschränkungen bewusst sein. Dazu zählt auch, sich den zunehmend kritischeren Blicken der Bevölkerung auf den Spitzensport (Breuer et al., 2017) bewusst zu werden und diese Entwicklung zu thematisieren und Konsequenzen – die bspw. im Handlungsfeld Integrität des Sports ja getroffen wurden – entsprechend einzuordnen.

Rolle der (Sport-)Wissenschaft

Der Beitrag der Sportwissenschaft unter maßgeblicher finanzieller Förderung des Bundes zur Förderung des Spitzensports wird in der entsprechenden Säule B „Förderung des Spitzensports“ ausführlich dokumentiert. Zudem werden im Ausblick (Kapitel III) in knappem Umfang Themen benannt, zu denen das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sportwissenschaftliche Forschung bewilligt hat bzw. fördern wird.

Die Sportwissenschaft leistet aber mit Unterstützung des Bundes deutlich mehr. Zum einen erbringt sie mit Bundesmitteln Erkenntnisse und Leistungen insbesondere auch für die Säulen C „Integrität des Sports“ und F „Gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports“. Entsprechende, durch das Bundesinstitut für Sportwissenschaft geförderte Leistungen könnten und sollten (auch) dort dokumentiert werden. Zum anderen fördert der Bund sportwissenschaftliche Forschungsprojekte auch bislang schon – und damit in der jeweiligen Berichtsperiode – durch allgemeine Forschungsprogramme (BMBF) und Ressortforschung unterschiedlicher Bundesministerien. Diese Forschungsprojekte können wiederum zu beträchtlichen Teilen in die verschiedenen inhaltlichen Bereiche der Sportpolitik und Sportförderung des Bundes einzahlen. Da es sich bei den entsprechenden Forschungsprojekten um nicht unwesentliche Leistungen des Bundes handelt, wird vorgeschlagen, diese in zukünftigen Sportberichten mit zu dokumentieren.

Literatur

- Australian Sports Commission (2023). [2032+. Australia's High Performance Sport Strategy](#). Brisbane.
- Breuer, C. (2005). [Steuerbarkeit von Sportregionen](#) (Reihe Sportsoziologie, 4). Schorndorf: Hofmann.
- Breuer, C., Hallmann, K. & Ilgner, M. (2017). [Akzeptanz des Spitzensports in Deutschland – zum Wandel der Wahrnehmung durch Bevölkerung und Athleten](#). Bonn: Bundesinstitut für Sportwissenschaft.
- Deutscher Bundestag (2023). 15. Sportbericht der Bundesregierung. *Drucksache 20/5900*.
- DOSB (2018). [Strategie DOSB: 2028](#). Frankfurt am Main.



- Government of Canada (2019). [Canadian High Performance Sport Strategy](#). Ottawa.
- Hallmann, K., Breuer, C. & Kuehnreich, B. (2013). Happiness, pride and elite sporting success: What population segments gain most from national athletic achievement. *Sport Management Review* 16(2), 226-235.
- Rittner, V. & Breuer, C. (2000). [Soziale Bedeutung und Gemeinwohlorientierung des Sports](#) (Wissenschaftliche Berichte und Materialien des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, 13). Köln: Sport und Buch Strauß.

IAKS Deutschland | Eupener Str. 70 | 50933 Köln

An den Vorsitzenden des Sportausschusses
 im Deutschen Bundestag
 Frank Ullrich
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

Deutscher Bundestag
 Sportausschuss

Ausschussdrucksache
20(5)188

Kontakt
 Prof. Dr. Robin Kähler

Telefon
 0171 6872915

E-Mail
 deutschland@iaks.sport

Datum
 14.06.2023

Sitzung des Sportausschusses am 21. Juni 2023 zum Thema „15. Sportbericht der Regierung“

Vorbemerkung zur IAKS Deutschland e.V.

Die Internationale Vereinigung für Sport- und Freizeiteinrichtungen, [IAKS Deutschland e.V.](#), ist der einzige überparteiliche, neutrale, deutsche Verband von Mitgliedern aus der Wirtschaft, den Kommunen, der Architektur, der Hochschulen und anderen Einrichtungen, der die Planung, den Bau, den Betrieb, die Nutzung und Weiterentwicklung von Sportstätten, -räumen und Freizeitanlagen zum Ziel hat. Die IAKS ist eine weltweite Vereinigung und beim IOC akkreditiert. Sie berät staatliche Institutionen und vertritt die Interessen ihrer Mitglieder politisch.

15. Sportbericht der Regierung

Die IAKS Deutschland begrüßt die vielfältigen Bemühungen im 15 Sportbericht der Regierung zur Förderung des Sports und der Sportstätten auf unterschiedlichen Ebenen.

Ohne eine geeignete, moderne Sportinfrastruktur sind Sport und Bewegung nicht ausreichend möglich und die gesellschaftlich positiven Potentiale können nicht ausgeschöpft werden. Dies gilt in gleicher Weise für die genormten Sportstätten im wettkampfbasierten Breiten- und Leistungssport, als auch für die Sport- und Bewegungsräume im nicht-normierten Schul-, Vereins- und informellen Sport und in der Freizeit der Bevölkerung. Die IAKS Deutschland begrüßt deshalb, dass die Regierung im Berichtszeitraum investive Maßnahmen im Bereich der Sportstätten gefördert hat, und somit die Notwendigkeit von guten Sporträumen erkannt hat. Die derzeitige Situation der kommunalen und vereinsorientierten Sportstätten, Sport- und Bewegungsräume ist außergewöhnlich schwierig. Die KfW beziffert den Sanierungsstau auf 12,96 Mrd. Euro. Daher sollte neben den bestehenden Förderprogrammen ein neues Investitionsprogramm Sport- und Bewegungsräume mit einer angemessenen jährlichen Fördersumme i.H. von 1 Mrd. Euro für die nächsten zehn Jahre aufgelegt werden.

Zu 16.1: Investitionspakt Sportstätten

Durch das Förderprogramm „Investitionspakt Sportstätten“ konnten im Berichtszeitraum 398 bauliche Maßnahmen begonnen werden. Dies ist eine beachtliche Zahl und wird von der IAKS Deutschland als wichtiger Beitrag zur Reduzierung des Sanierungsstaus gewertet.

Allerdings ist das Auslaufen des Förderprogramm zum Ende des Jahres 2022 sehr zu bedauern, obwohl vom Bund Fördersummen für die Jahre 2023 und 2024 bereits beziffert in Aussicht gestellt worden waren (110 Millionen Euro für 2023 und 150 Millionen Euro für 2024).

Das Programm wurde von Seiten der Kommunen wegen hoher Förderquoten sehr positiv wahrgenommen.

Zu 16.2: Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“

Die Aufstockung des Förderprogramms und der klare Fokus im Projektauftrag 2022 auf die energetische Sanierung bzw. Anpassung an den Klimawandel von Sportstätten begrüßen wir.

Die Umsetzung des Programms sollten zukünftig besser angepasst werden. Antragsfristen sind zu knapp (Für viele kleinere Kommunen mit wenig Personal sind die Fristen kaum einzuhalten, diese haben hierdurch keine Chance auf eine Förderung). Zudem werden Sportfreianlagen nicht berücksichtigt. Auch bei diesen Anlagen gibt es einen erheblichen Sanierungsstau. Die Bedeutung dieser Sportanlagen und des Sporttreibens im Freien hat in den letzten Jahren zugenommen, sodass diese nicht von einer Förderung ausgeschlossen werden sollten.

Auch Eissportanlagen werden nicht berücksichtigt. Als energieintensive Anlagen mit immensen Einsparpotentialen, insbesondere bei veralteten Anlagen, müssen auch Eissporthallen Chancen auf eine Förderung bekommen.

Formal sollte bei diesem Programm geprüft werden, ob die Entscheidungen über Förderzusagen weiterhin durch Beschluss im Haushaltsausschuss getroffen werden, oder ob ein Ranking nach nachprüfbareren Kriterien des Bedarfs die Förderentscheidungen regelt.

Zu 16: Interministerielle Zusammenarbeit / Sport in der integrierten Stadtentwicklung

Die IAKS Deutschland begrüßt die Zusammenarbeit der Ministerien beim Thema Sport, insbesondere die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) für Förderprogramme in Zusammenhang mit der Sportinfrastruktur. Zusammenarbeit der Ministerien im Bereich einer städtisch ausgerichteten integrierten Infrastrukturentwicklung des Sports innerhalb der Stadtentwicklung sollte selbstverständlich werden. Die Entwicklung des Sports ist zukünftig als ein Element einer integrierten Stadtentwicklung zu sehen. Das bedeutet, dass die Förderprogramme des Bundes hinsichtlich der Sportinfrastruktur nur noch interministeriell aufgestellt und die Bewilligung der Mittel grundsätzlich nur noch am konkreten nachgewiesenen Bedarf der jeweiligen Antragsteller (Kommune, Sportorganisation) geknüpft werden sollte.

Zu K: Bewegungsgipfel / Entwicklungsplan Sport

Die Initiative der Bundesregierung zur Veranstaltung des „Bewegungsgipfel“ wird von der IAKS Deutschland begrüßt. Die IAKS Deutschland beteiligt sich mit der Leitung der AG5 „Zukunftsfähige Sport- und Bewegungsräume“ an der Umsetzung des Entwicklungsplans Sport. Über Rahmenbedingungen und Infrastruktur im Sport hinaus soll der Entwicklungsplan darauf ausgerichtet sein, dass der Sport seine positive Kraft in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen bestmöglich entfalten kann.

Das Ziel kann allerdings nur erreicht werden, wenn die Bundesregierung einen Entwicklungsplan erstellt und parlamentarisch absichert, der auch haushaltswirksame Maßnahmen im Bereich der Sport- und Bewegungsräume für die nächsten Jahre vorsieht.

Zu 8: Sport und Umwelt

Das Thema Nachhaltigkeit und Umwelt im Bereich der Sportstätten wurde zwar teilweise erörtert (Mikroplastik). Allerdings braucht es wesentlich mehr Initiativen im Bereich der Forschung und Entwicklung von nachhaltigen Sport- und Bewegungsräumen, insbesondere in Planung, Produktion, Bau, Betrieb und Verwertung. Hier erwartet die IAKS Deutschland für die kommenden Jahre Forschungsförderungsinitiativen des Bundes. Das betrifft auch die Weiterentwicklung nachhaltiger Sportstätten für den Schulsport und die Bewegungsräume im öffentlichen Raum.

Zu 8.2: Schwimmbäder

Den Schwimmbädern in Deutschland stehen als energie- und kostenintensivem Sportanlagentyp große Herausforderungen bevor. Die IAKS Deutschland begrüßt, dass Schwimmbäder und Freibäder förderfähig im Programm SJK geblieben sind. Ohne die Bäder scheinen die kommunalen Beiträge zum Einhalten der Klimaziele nicht erreichbar. Eine Vielzahl der etwa 6.500 qualifizierten, öffentlichen Bäder werden über gasbetriebene Blockheizkraftwerke (BHKW) versorgt. Gerade durch den Wärmebedarf im Sommer war jahrzehntelange dieses Konzept die wirtschaftlichste Lösung. Bei Stadtwerken ist das BHKW nahezu unerlässlich, wenn im steuerlichen Querverbund die Gewinne mit den Verlusten zu Gunsten der Kommunen verrechnet werden. Die energetische Versorgung muss mit nachhaltigen und dekarbonisierten Lösungen neu aufgestellt werden und die Sicherung der dauerhaften Betriebskosten (für den Querverbund und alle kommunalen Betriebsorganisationen) garantiert werden.

Ausblick

Die IAKS Deutschland plädiert für die Einrichtung eines ständigen Sachverständigenrat für das Thema Sportstätten und -räume beim Bundesministerium des Innern und für Heimat, der alle zwei Jahre einen Sachstandsbericht über die Situation der Sportstätten und -räume in Deutschland vorlegt.

Für die gute Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und dem Sportausschuss ist die IAKS Deutschland dankbar. Unsere Experten für Sportstätten, Sport- und Bewegungsräume in Deutschland und weltweit stehen gerne weiterhin zur Verfügung.



Prof. Dr. Robin Kähler
Vorsitzender

IAKS Deutschland e.V.
Eupener Straße 70
50933 Köln

Telefon: + 49 221 168023 19
Mail: kaehler.deutschland@iaks.sport
Web: www.deutschland.iaks.sport





Deutscher Bundestag
Sportausschuss

Ausschussdrucksache
20(5)192

Anhörung im Sportausschuss des Deutschen Bundestages

15. Sportbericht der Bundesregierung

Juni 2023

Stellungnahme | 35. Sitzung des Sportausschusses am 21. Juni 2023
TOP 1: „15. Sportbericht der Bundesregierung“

1. Einleitung und allgemeine Bemerkungen

Im Namen unserer Mitglieder bedanken wir uns für die erneute Einladung in den Sportausschuss des Deutschen Bundestages anlässlich der Anhörung zum [15. Sportbericht der Bundesregierung](#). Die folgende Stellungnahme adressiert ausschließlich Maßnahmen der Spitzensportförderung, insbesondere jene Förderaspekte, die im direkten Bezug zu den Athlet*innen stehen. An dieser Stelle bedanken wir uns ausdrücklich bei der Bundesregierung, die im Bericht die Zielsetzungen von Athleten Deutschland und die unabhängige Stimme der Spitzensportler*innen begrüßt.

Der Sportbericht stellt eine reiche Informationsquelle zu den verschiedenen und mannigfaltigen Aktivitäten des Bundes im Bereich der Sportförderung dar. Der Bericht verdeutlicht den Umfang sportpolitischer Maßnahmen auf Bundesebene und verdeutlicht die Relevanz, die der Bund der Förderung des Sports zuschreibt. Er leistet einen wichtigen Beitrag zu gesteigerter Transparenz, die in Teilen im Bereich des Spitzensportsystems lückenhaft und unzureichend gegeben ist. Insbesondere das wiederkehrende Gliederungsmuster über verschiedene Berichtszeiträume hinweg erleichtert vergleichende Analysen und machen sportpolitische Entwicklungen im Längsschnitt nachvollziehbar.

Der beschreibende und informative Charakter des Berichts führt in Teilen zu einer Aufzählung verschiedener Maßnahmen und Aktivitäten, ohne diese in einen strategischen Gesamtzusammenhang bzw. in eine kohärente Förderstrategie zu stellen. Um Aussagen zur Wirksamkeit und Optimierungspotenzialen der Sportpolitik im jeweiligen Berichtszeitraum treffen zu können, wären klarere Ziele vonnöten, die mit messbaren Kriterien überprüft werden können.

Hinzu kommt, dass Probleme teilweise unzureichend benannt werden und Ursachenanalysen fehlen. Wünschenswert wäre, wenn auch Wirksamkeitsmessungen zu den benannten Maßnahmen sowie entsprechende Fortschrittskontrollen Eingang in den Bericht finden würden, um Handlungsfelder für künftige Berichtszeiträume klarer abzustecken. Beispielhaft zu nennen sind die zahlreichen systemischen Herausforderungen im Spitzensportsystem, die trotz einer beschlossenen Leistungssportreform im Jahr 2016 in weiten Teilen fortbestehen (s.u.).

In der Vision erhoffen wir uns, dass die unabhängige Leistungssportagentur und eine [mögliche unabhängige Integritätsagentur](#) ein transparentes und datengetriebenes Berichtswesen mit relevanten KPIs zum Zustand und der Entwicklung des deutschen Spitzensportsystems etablieren. Dessen Inhalte können dann wesentlich Eingang in künftige Sportberichte finden. Systemisch angelegte Evaluationsvorhaben, Berichterstattung von Athleten Deutschland zur Entwicklung von Athletenvertretung und Athletenrechten sowie Auswertungen eines fortlaufenden Athletenmonitorings (s.u.) können künftige Berichte ergänzen. Letzteres kann Längsschnittdaten zur Situation der Athlet*innen entlang verschiedener Dimensionen liefern und damit ebenfalls relevante Datenpunkte zum Zustand sowie Herausforderungen des Spitzensportsystems beitragen.

In dieser Vision könnte sich der Sportbericht der Bundesregierung zu einem strategischen Baustein in der Sportpolitik der Bundesregierung weiterentwickeln, der weit über den bisweilen rein informativen Charakter derzeitiger Berichte hinaus geht. Der Bericht könnte noch handlungsweisender für künftige sportpolitische Maßnahmen in darauffolgenden

Berichtszeiträumen werden, für eine bessere Harmonisierung der Maßnahmen und Akteure sorgen – etwa im Bereich der wissenschaftlichen Politikberatung – und zu einer besseren Überprüfbarkeit der Sportpolitik des Bundes beitragen.

2. Hervorzuhebende Maßnahmen des Berichts

A) Unmittelbare Athletenförderung und Altersvorsorge

Der Sportbericht erkennt zurecht an, dass materielle Sicherheit und positive Zukunftsaussichten Grundbedingungen für Weltspitzenleistungen sind. Die Einführung der unmittelbaren Athletenförderung als Beitrag zum Lebensunterhalt und zur Deckung der Betriebskosten der Athlet*innen sowie der Einstieg in die Altersvorsorge waren bedeutende erste Schritte in dieser Hinsicht.

Die direkte Förderung mindert den Druck, Nebeneinkünfte zu erwirtschaften und verringert die finanzielle Abhängigkeit der Athlet*innen von ihrem Umfeld. Die bessere finanzielle Ausstattung kann helfen, einem frühzeitigen Karriereende (Drop-out) vorzubeugen. Die Altersvorsorge federt die Nachteile des späteren Einstiegs in die sozialen Sicherungssysteme ansatzweise ab und setzt damit einen zusätzlichen Anreiz, eine Spitzensportkarriere einzuschlagen.

B) Aufstockung der staatlichen Sportförderstellen und Flexibilisierung der Karrierewege

Die Erhöhung der Sportförderstellen bei Bundeswehr, -polizei und Zoll auf mehr als 1.450 Stellen zählt auf die Zielstellung ein, den Athlet*innen die möglichst vollständige Konzentration auf ihre sportliche Laufbahn zu ermöglichen. Die im Bericht dargestellten Veränderungen bei der Bundeswehr, etwa die Flexibilisierung der Ausbildung, die Neustrukturierung der medizinischen Versorgung und die Schaffung eines speziellen Bachelorstudiengangs in Verbindung mit der Öffnung der Offizierslaufbahn, bewerten die Athlet*innen als überaus positiv. Dasselbe gilt für die verkürzten Aufstiegsmöglichkeiten für Spitzensportler*innen in den gehobenen Dienst bei der Bundespolizei.

C) Förderung des paralympischen Sports

Die Maßnahmen zur intensiveren Förderung des paralympischen Sports wurden von den Athlet*innen durchweg begrüßt. Die PK- und PAK-Kader profitieren von der BMI-finanzierten Grundförderung durch die Stiftung Deutsche Sporthilfe und durch weitere Fördermodule wie die Duale Karriere-Individualförderung bzw. die neu ins Leben gerufene Duale Karriere-Berufsqualifizierung. Positiv aufgenommen wurden insbesondere der ermöglichte Personalaufwuchs im Trainerbereich und die Einrichtung weiterer Bundesstützpunkte im paralympischen Sport.

D) Erhöhung der Anzahl der Laufbahnberater*innen

Im Ökosystem der „Dualen Karriere“ nehmen die Laufbahnberater*innen eine zentrale Rolle ein. Sie fungieren als Vermittler*innen von (Aus)Bildungsangeboten, sind aber im gleichen Maße gefordert, die Athlet*innen zu unterstützen und ihre Neigungen, Talente, Stärken und Schwächen abseits der Arenen zu erkennen. Darauf basierend können die Athlet*innen informierte Entscheidungen hinsichtlich ihrer Bildungs- und Berufspfade treffen. Der Ausbau

der Stellen der Laufbahnberater*innen an den Olympiastützpunkten ist daher ausdrücklich zu begrüßen.

E) Unterstützung während der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie stellte die Athlet*innen ebenso wie die Gesamtbevölkerung vor große Herausforderungen. Dazu gehörten neben der Sorge vor eigenen Infektionen und dem Umgang mit den Folgen einer Erkrankung besonders Verzerrungen im Wettbewerbsbetrieb, Einkommensverluste durch abgesagte Wettkämpfe und der Rückzug von Sponsoren. Umso wichtiger war in dieser Zeit der Rückhalt der Bundesregierung. Die Förderung stand trotz der ungewissen Qualifikations- und Nominierungssituation aufgrund der Verschiebung der Olympischen und Paralympischen Spiel nie in Frage und die Maßnahmen der Verbände wurden mit großer Flexibilität unterstützt.

Die im Bericht erwähnten Maßnahmen der Bundeswehr wie die Dienstzeitverlängerungen, die Erhöhung der Reservedienstleistungstage oder die unentgeltliche Übernahme der Testungen sind ebenso hervorzuheben. Die Koordination zwischen BMI, DOSB und Bundeswehr zur Verfügungstellung von Impfungen vor der Abreise nach Tokio im Frühjahr 2021 war essenziell, um den Schutz der Athlet*innen auf der Reise und vor Ort zu gewährleisten sowie die strengen Auflagen des [IOC-Playbooks](#) zu erfüllen.

F) Integrität des Sports

In Vorwort des Berichts verweist Bundesministerin Nancy Faeser zurecht darauf, dass Integrität und Werte im Sport nicht nur bekundet, sondern gelebt werden müssen. Im Bereich Anti-Doping trägt die Bundesregierung diesem Leitsatz durch ihre kontinuierliche Förderung der NADA Rechnung. Grundsätzlich begrüßen wir die Weitung des Integritätsbegriffs auf Phänomenbereiche wie Gewalt, die den Schutz von Personen im Spitzensport betreffen und die in dieser Form in früheren Berichten nicht im Fokus standen. Im Bereich Safe Sport weist die Unterstützung für die Einrichtung eines unabhängigen [Zentrums für Safe Sport](#) in eine vielversprechende Richtung. Im Bereich der Manipulation von Wettbewerben bewerten wir die Einrichtung der [Meldestelle Sportmanipulation](#) ebenso als positiven Schritt.

G) Förderung von Sportgroßveranstaltungen

Die Bundesregierung förderte im Berichtszeitraum zahlreiche Sportgroßveranstaltungen und legte mit der Erarbeitung der [Nationalen Strategie Sportgroßveranstaltungen](#) die Grundlage für eine zukünftig noch transparentere und zielgerichtetere Förderung. Die Bedeutung von Heimwettkämpfen für die Athlet*innen ist nicht hoch genug zu bewerten, weshalb sie die Förderung der Events sehr zu schätzen wissen. Die European Championships 2022 in München zeigten auf eindrucksvolle Weise, wie Sportgroßveranstaltungen in Deutschland entlang der verschiedenen sportlichen und gesellschaftlichen Zieldimensionen gelingen und die Mehrwerte staatlicher Spitzensportförderung für heimisches Publikum zugänglich und erfahrbar gemacht werden können.

H) Förderung von Athleten Deutschland

Im Namen unserer Mitglieder bedanken wir uns herzlich für die Förderung durch die Bundesregierung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. Athleten Deutschland vervierfachte im Berichtszeitraum die Zahl seiner Mitglieder: Über 1700 Bundeskaderathlet*innen, darunter mehr als 120 Athletenvertreter*innen, haben sich für eine Mitgliedschaft entschieden. Entlang der strategischen Säulen Stimme, Schutz und Perspektive vertreten wir die Interessen der Bundeskaderathlet*innen und nehmen ihre vielfältigen Anliegen entgegen.

Allein im letzten Jahr gingen rund 200 Meldungen im Rahmen unserer Fallberatung ein, die Hälfte davon richteten sich an „[Anlauf gegen Gewalt](#)“, unsere Anlaufstelle für Betroffene von interpersonaler Gewalt. Wir hoffen, durch unsere Impulse den sportpolitischen Diskurs bereichert zu haben. Dank des Mittelaufwuchses im Jahr 2022 konnten wir unseren Personalstamm auf aktuell neun Mitarbeitende (≈ 8 VZÄ) erweitern. Damit können wir dem großen Aufgabenspektrum angesichts der gestiegenen Mitgliederzahlen und den vielfältigen Anforderungen durch die sportpolitischen Prozesse besser gerecht werden.

3. Handlungsempfehlungen

A) Materielle und soziale Sicherheit ausbauen und kurzfristig Inflationsausgleich sicherstellen.¹

Der Bericht konstatiert, die finanziellen Rahmenbedingungen für die Athlet*innen müssten so gestaltet sein, dass diese einen angemessenen Lebensunterhalt bestreiten können. Dieses Ziel wird aktuell überwiegend nur für Inhaber*innen von Sportförderstellen erreicht. Athlet*innen ohne Sportförderstelle und jene aus dem Nachwuchsbereich sind in hohem Maße auf die finanzielle Unterstützung ihres (familiären) Umfelds angewiesen. Laut einer [Studie zu den Umfeldbedingungen der Athlet*innen](#) verneint ein Drittel der Athlet*innen die Frage, ob ihre Einkommenssituation es erlaube, sich hinreichen auf den Sport zu konzentrieren.

Wir plädieren deshalb für eine Erhöhung der direkten Förderung, insbesondere für jene Athlet*innen außerhalb von Sportförderstellen. Langfristiges Ziel sollte es sein, die Förderbedingungen an das Niveau der Sportförderstellen anzugleichen, um Athlet*innen idealerweise Wahlfreiheit zu ermöglichen. Kurzfristig sollte diese Erhöhung mindestens den Anstieg der Inflation ausgleichen, um die Belastung durch gestiegene Lebenshaltungskosten und sportspezifische Betriebsausgaben zu verringern.

Im Sinne einer ganzheitlichen Förderung sollten grundsätzlich faire Arbeitsbedingungen für Athlet*innen sichergestellt und deren soziale Absicherung gestärkt werden. Viele Athlet*innen sind Solo-Selbstständige und/oder unzureichend gegen Risiken abgesichert. Faire Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung sollten Grundpfeiler des staatlich geförderten Spitzensportsystems sein. In einem systematischen Prozess analog zum [BMAS-](#)

¹ S. [Positionspapier „Damit alle gewinnen“](#) von Athleten Deutschland (Dezember 2022) für weitergehende Informationen.

[Eckpunktepapier "Faire Arbeit in der Plattformökonomie"](#) sollen die Risiken und Schutzbedarfe systematisch erfasst und Handlungsbedarfe für Sport und Staat abgeleitet werden.

B) Para-Sport: Athletenförderung weiterentwickeln und Trainer*innen besser ausbilden.

Im Bericht wird richtigerweise darauf verwiesen, dass auch im paralympischen das Erfordernis des/r „Vollzeit-Spitzensportlers/in“ besteht. Aktuell setzen sich die hierfür angelegten Förderinstrumente aus mehreren Budgets verschiedener Förderer zusammen und erfassen die Bedarfssituationen der Sportler*innen nicht vollständig. Die im Bericht angemahnte fortlaufende, zielgerichtete Evaluierung und Weiterentwicklung der bestehenden Förderinstrumente erachten wir deshalb für zwingend notwendig. Der positiv bewertete Stellenaufwuchs im Trainerbereich muss mit verstärkter Trainerausbildung flankiert werden. Athlet*innen weisen immer wieder daraufhin, wie erfolgsrelevant das spezifische Wissen der Trainer*innen im paralympischen Bereich ist.

C) Duale Karriere: Laufbahnberater*innen weiter stärken.

Die Bedeutung der Laufbahnberatung ist am höchsten an den Karriereübergängen, das heißt insbesondere an der Schwelle vom Nachwuchs in den Seniorenbereich und am Karriereende vor Eintritt in den Beruf oder in einen wegweisenden (Aus)Bildungsabschnitt. Trotz des Stellenaufwuchs der Laufbahnberater*innen stehen ihnen nicht flächendeckend ausreichende Kapazitäten zur Verfügung, um der Betreuung der Athlet*innen in diesen kritischen Phasen gerecht zu werden.

Im Hinblick auf den Nachwuchs legt der Bericht dar, dass, soweit möglich, auch vom Spitzenverband ausgewählte NK2- und LK-Kader an den OSPs betreut werden können, sofern die Länder deren Finanzierung übernehmen. Eine Überprüfung, an welchen Standorten dies gewährleistet werden kann, ist notwendig, um etwaige Förderlücken in diesem Bereich zu schließen. Zur Betreuung der Nachaktiven wird aktuell nur eine Beratung, das sogenannte Zukunftsgespräch, finanziert. Wir befürworten ausdrücklich einen Ausbau dieser Unterstützungsleistungen, damit die Athlet*innen in dieser oft auch psychisch herausfordernden Lebensphase nicht allein gelassen werden.

D) Reform des Spitzensportsystems wirksam gestalten und vielfältige Probleme lösen.

Vor dem Hintergrund der abnehmenden Medaillenerfolge bei den Olympischen Spielen, steigender Wettbewerbszahlen und gestiegener Fördervolumen wirft der Bericht die Frage auf, welche Effektivität (Grad der Zielerreichung) und welche Effizienz (Nutzen der eingesetzten Steuermittel) mit den vorhandenen institutionellen Ressourcen erreicht werden können und sollen. Der Bericht geht aus unserer Sicht unzureichend auf die mannigfaltigen Probleme im Spitzensportsystem ein. Beispielsweise haben die Abschnitte zum Stützpunktsystem, zur Situation der Trainer*innen bzw. zum Leistungssportpersonal oder zur Verbändeförderung informativen bzw. beschreibenden Charakter, geben aber unzureichend Aufschluss über die gravierenden Herausforderungen in diesen Bereichen. Ein transparentes Umsetzungsmonitoring zum Stand der Leistungssportreform von 2016 fehlte. Wir hoffen, dass die erneute Spitzensportreform die vielfältigen Problemlagen endlich aufzulösen vermag.

Vor diesem Hintergrund seien Handlungskorridore kurz benannt:²

- Angebotsqualität im Gesamtstützpunktsystem auch durch Feedbackmechanismen für dessen Nutzer, u.a. die Athlet*innen, stärken, z.B. mit Bewertungs- und Beschwerdemechanismen,
- Bundesstützpunktsystem so gestalten, dass Athlet*innen aus Überzeugung und ohne Druck dorthin wechseln,
- Heterogenität des BSP-Systems auflösen und Qualität der BSP deutlich stärken;
- Individualförderungen in begründeten Fällen ermöglichen, über Verband und/oder gesondertes Förderbudget,
- Ausbildung und Qualität des Leistungssportpersonals in der Fläche und korrespondierende Berufsbilder stärken,
- Soziale und materielle Absicherung der Trainer*innen endlich gewährleisten und Trainerberuf stärken³,
- Flexibilität und Professionalität der Spitzenverbände erhöhen und Bürokratie auf ein notwendiges Minimum reduzieren,
- Steuerungsfähigkeit und Professionalität der Spitzenverbände sowie ihrer Landesfachverbände überprüfen und erhöhen,
- Leistungssportagentur aufbauen, ihre Unabhängigkeit gewährleisten und Athleten Deutschland neben Sport und Staat sowie ggf. weiteren Akteuren in die Aufsichtsfunktionen einbinden,
- Wirksamen Controlling- und Auditmechanismus für Spitzenverbände etablieren sowie transparente Berichtspflichten, auch im Rahmen des Sportberichts, gewährleisten,
- Evaluations- und Monitoringinstrumente systemisch verankern,
- weitere „Checks and Balances“ einführen, etwa
 - über die Setzung verbindlicher Standards für Athletenvertretung in den Spitzenverbänden,
 - die Knüpfung überprüfbarer Integritätskriterien an öffentliche Fördermittel sowie
 - die Einrichtung von Konfliktmanagement- bzw. Clearingprozessen im Rahmen einer funktionierenden Integritätsarchitektur (s.u.).

E) Debatte zu den Zielen der Spitzensportförderung führen.

Der Sportbericht unterstreicht die zentrale Rolle des Sports im gesellschaftlichen Zusammenleben und stellt auf die vielfältigen Nutzenpotenziale des Spitzensports für die Gesellschaft ab. Diese Rückgriffe auf den Nutzen des Spitzensports – auch als Begründungszusammenhang für öffentliche Förderung – stehen beispielhaft dafür, dass formale Ziele der staatlich geförderten Spitzensportentwicklung von rhetorisch bemühten und tatsächlich erreichbaren Zielen abweichen und nicht immer übereinstimmen. Weitergehende

² S. [Positionspapier „Damit alle gewinnen“](#) von Athleten Deutschland (Dezember 2022) für weitergehende Informationen.

³ S. [Stellungnahme „Vertrags- und Vergütungssituation von Trainerinnen und Trainern und Personal im Leistungssport“](#) von Athleten Deutschland (Juli 2022) für weitergehende Informationen.

Informationen zum Thema sind im Anhang I zu finden und unserer [Analyse „Warum ist es uns das wert?“](#) vom August 2022 entlehnt.

Eine solche gesellschaftliche Zieldebatte ist überfällig und sollte dringend geführt werden. Diese gesellschaftliche (Neu-)Aushandlung zu Zielen und Mehrwerten des Spitzensports könnte in einem neuen Gesellschaftsvertrag münden und Berücksichtigung in den Fördergesetzen und -richtlinien von Bund und Ländern finden. Wir begrüßen, dass die Debatte im [Grobkonzept von BMI und DOSB „Neue Wege gehen“](#) als Kooperationsprojekt zwischen DOSB und Athleten Deutschland angelegt ist.

F) Neuordnung der Integritätsarchitektur angehen.

Der Sportbericht benennt verschiedene Phänomenbereiche, die der Integrität des Sports zugeordnet werden. Eine [ganzheitliche und stimmige Definition von Integrität](#) und ihrer Untergliederung in den Schutz von Wettbewerben (1), Schutz von Organisationen (2) und Schutz von Personen (3) fehlt. Ebenso werden menschenrechtliche Risiken im Wirkungsbereich des Sports⁴ gar nicht bis unzureichend explizit genannt bzw. anerkannt.⁵

Im Lichte unserer Erfahrungen in den vergangenen Jahren schlagen⁶ wir ein harmonisiertes Integritätssystem vor, in dem Integritäts- und Menschenrechtsrisiken strategisch zusammengeführt und ganzheitlich bearbeitet werden. Dieses System soll Präventionsmaßnahmen flächendeckend sowie überprüfbar umsetzen und Risiken reduzieren. Es nimmt mit einem zentralen Hinweisgebersystem Meldungen entgegen, geht effektiv gegen Missstände, Fehlentwicklungen und Integritätsverletzungen vor und hält wirksame Untersuchungs-, Sanktions- und Abhilfemechanismen bereit. In der Mitte dieses Integritätssystems könnte eine unabhängige Integritätsagentur als perspektivische Erweiterung eines Zentrums für Safe Sport stehen. In diesem System haben alle beteiligten Akteure – staatliche Zuwendungsgeber, Dach- und Mitgliedsorganisationen des Sports, eine unabhängige Integritätsagentur sowie Anlauf- und Beratungsstellen für Betroffene – eine ausdifferenzierte Rolle inne, die sie frei von Interessenkonflikten ausüben.

Aus unserer Sicht wäre eine umfassende Analyse der derzeitigen Integritätsarchitektur, [ein Integrity Governance Review nach australischem Vorbild](#), ein erster Schritt, um die bestehende Integritätslandschaft im Sport in Deutschland einer Bestandsaufnahme zu unterziehen und entsprechend Lücken und Handlungsbedarfe zur Erfüllung eines Zielbilds zu identifizieren. Mit dieser analytischen Grundlage könnten umfassende Reformprozesse im Sinne einer ganzheitlichen Integritätsstrategie angegangen werden, statt das bestehende Stückwerk und siloartige Parallelentwicklungen ohne erkennbare Abstimmungen weiterhin zuzulassen. Die

⁴ In diesem Kontext begrüßen wir explizit die positiven Entwicklungen der letzten Jahre. Wichtige sportpolitische Akteure wie die Bundesregierung, die Sportministerkonferenz, der Bundestag und der DOSB sowie einzelne Verbände widmeten sich explizit und verstärkt diesem Thema sowohl mit internationalen als auch nationalen Bezügen.

⁵ S. [Positionspapier „Agenda für Menschenrechte im Sport angehen“](#) von Athleten Deutschland (Mai 2022) für weitere Informationen.

⁶ S. [Positionspapier „Für eine Neuaufstellung der Integritäts-Governance im deutschen Sport“](#) von Athleten Deutschland (Dezember 2021) für weitere Informationen.

Prozesse rund um die Spitzensportreform, das Sportfördergesetz und das Zentrum für Safe Sport bieten hierbei wichtige Anknüpfungspunkte für die nahe Zukunft.

G) Digitalisierungstau auflösen.⁷

Der Sportbericht stellt auf die Digitalisierungsvorhaben im Berichtszeitraum ab, geht jedoch unzureichend auf die mangelhafte Umsetzung einer IT-Rahmenarchitektur für das Ökosystem des öffentlich geförderten Leistungssports ein. Die Ausgangslage wurde in einer [Kurzpräsentation des BISP-Projekts](#) beschrieben. Die beauftragte Beratung KPMG ergänzte die Ausgangslage [im Abschlussbericht](#) durch weitere Aspekte. Durch den Insel- bzw. Silocharakter der genutzten Systeme sei der Mehrwert für die Nutzer*innen auf den unmittelbaren Rollen- und Aufgabenzuschnitt der entsprechenden Organisation limitiert. Darüber hinaus seien die einzelnen Nutzer*innen vielfach in der Verantwortung, den Datenaustausch zwischen Systemen selbst, d. h. manuell, vorzunehmen. Dieser Umstand stelle eine offensichtliche Fehlerquelle und eine vermeidbare Mehrbelastung bzw. Ablenkung der Nutzer*innen dar.

Wirkliche Mehrwerte, so KPMG, seien an die Vernetzung verschiedener Organisationen und Systeme geknüpft. Diese fehlende Vernetzung der Geschäftsprozesse und Funktionen wird im Bericht weiter ausgeführt. Mangels der digitalen Vernetzung organisationsinterner Prozesse blieben Synergien und Effizienzpotenziale weitgehend ungenutzt. Die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen im öffentlich geförderten Leistungssport leide an der mangelhaften Vernetzung organisationsübergreifender Prozesse. Systematische Digitalisierungsmaßnahmen im Spitzensport werden also schmerzlich vermisst.

Nach unserem Kenntnisstand ist diese Ist-Analyse des Digitalisierungsstands im Ökosystem Leistungssport weiterhin aktuell. Obschon die überwiegende Mehrheit der am Projekt beteiligten Stakeholder diese Analyse teilte und den dringenden Handlungsbedarf anerkannte, wurde das Projekt bisher nicht weiterverfolgt. Wir plädieren dringend dafür, dass die wertvollen Erkenntnisse und Vorstrukturierungen wieder aufgegriffen werden und eine Fortsetzung des Projekts im Kontext der anstehenden Neuausrichtung der Spitzensportförderung realisiert wird. Die Vision und Zielsetzungen für eine IT-Rahmenarchitektur erscheinen uns immer noch schlüssig und erstrebenswert.

Wir sprechen uns darüber hinaus für eine Reihe von Maßnahmen, die durch die im Rahmen des BISP-Projekts empfohlene organisationsübergreifende digitale Vernetzung maßgeblich profitieren würden. Dazu gehören:

- die Zusammenführung räumlich verteilter, isolierter Datenbestände und Einführung einheitlicher Erhebungsstandards, um im Rahmen einer „*Business Intelligence*“ eine bessere Informationsbasis zu KPIs des Fördersystems zu erhalten (z.B. zu Kosten, Auslastung, Kaderpräsenz und Betreuungsverhältnissen),
- ein regelmäßiges Athletenmonitoring mit Längsschnittdaten zur sozio-ökonomischen Situation, zu Karriereverläufen von und zur Zufriedenheit der Athlet*innen mit ihren Umfeldbedingungen, um die Wirksamkeit vom Fördersystem zu prüfen und Handlungsbedarfe abzuleiten,

⁷ S. [Stellungnahme „Digitalisierung im Spitzensport“](#) von Athleten Deutschland (März 2023) für weitere Informationen.

- ein strukturell verankertes Bewertungs- und Buchungssystem, das es Athlet*innen erlaubt, Rückmeldung zur Qualität ihrer Betreuungs- und Unterstützungsleistungen zu geben und diese digital zu buchen,
- ein wirksames Controlling mit transparenten Berichtspflichten zum detaillierten Mitteleinsatz und zur Kostenverteilung, um tragfähige Aussagen zur Allokationseffizienz tätigen zu können,
- ein Monitoring der leistungsportorientierten Vereine als Frühwarnsystem, um die drohende Verödung der Vereinslandschaft durch gezielte Maßnahmen abwenden zu können.

H) Berichtswesen von Athleten Deutschland für den Sportbericht etablieren.

Athleten Deutschland ist Fördernehmer und als unabhängige Athletenvertretung festes „Strukturelement“ im Spitzensportsystem. Wir entwickeln und transportieren nicht nur sportpolitische Impulse, sondern unterstützen Athletenvertreter*innen bei ihrer Arbeit in den Spitzenverbänden und bieten Athlet*innen für vielfältige Anliegen und Probleme Fallberatung und entsprechende Prozessbegleitung an. Auswertungen zu diesen Aktivitäten sowie Analysen zum Fortschritt in den Bereichen Athletenvertretung und Athletenrechte könnten in künftigen Sportberichten Aufschluss über Entwicklungen und Problemlagen aus Sicht der Athlet*innen geben.

I) Übergeordnete Ziele wie Umweltschutz und Gleichstellung im Sinne eines ganzheitlichen Berichtswesens für den Spitzensport integrieren.

Zwar nimmt der Sportbericht Bezug zu übergeordneten Themen wie Umwelt- und Klimaschutz sowie Gleichstellungszielen. Diese Ziele sind derzeit unzureichend in der Förderstrategie für die Spitzensportentwicklung integriert. Beispielsweise arbeitete⁸ Athletinnen D, eine Initiative von Athleten Deutschland, die vier Handlungsfelder Safe Sport (1), Medienberichterstattung und Vermarktung (2), geschlechtsspezifisches Training (3) sowie Familienplanung im Leistungssport (4) heraus, um Gleichstellungsziele im deutschen Spitzensportsystem zu verwirklichen.

Die Förderstrategie des Bundes sollte solche übergeordneten Ziele nicht nur stärker berücksichtigen, sondern diese im Sinne eines ganzheitlichen Berichtswesens in künftigen Sportberichten integrieren. Vor diesem Hintergrund erachten wir die [Forschungsschwerpunktsetzung](#) „Frauen und Mädchen im Leistungssport“ des BISp als begrüßenswert.

J) Internationale Sportpolitik in die außenpolitische Agenda der Bundesregierung aufnehmen.

Der Sportbericht nennt zahlreiche Aktivitäten der Bundesregierung im internationalen Raum. Aus unserer Sicht darf Sport nicht nur als Instrument für die Ziele der Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit dienen. Das internationale Sportsystem selbst muss Ziel außenpolitischer Bemühungen werden, um dringend überfällige Reformen mit Nachdruck einzufordern. Staaten und Regierungen müssen sich künftig international dafür einsetzen, dass

⁸ S. [Positionspapier zur Initiative Athletinnen D](#) (Mai 2021) für weitere Informationen.

internationale Sportverbände ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachkommen und die Rechte aller beteiligten Gruppen, auch die der Athlet*innen, achten und fördern. Hierzu gehört auch, gezielt die diplomatischen Beziehungen zu Staaten wie der Schweiz zu aktivieren, in denen internationale Verbände sitzen. Wir begrüßen jüngste Bemühungen der Bundesregierung, etwa zum Umgang mit Russland im Weltsport, die auf eine deutliche [stärkere internationale Vernetzung](#) der Staatengemeinschaft gegenüber dem internationalen Sportsystem hindeuten.

Deutschland sollte sich dort, wo möglich, international aktiv im Handlungsfeld einbringen – etwa im [Centre for Sport and Human Rights](#) in Genf oder Mitglied im *Enlarged Partial Agreement on Sport* (EPAS) des Europarats werden. Gleichzeitig muss gegenüber deutschen Funktionsträger*innen in den Gremien des Weltsports die klare Erwartungshaltung kommuniziert werden, dass diese sich für Good Governance, Transparenz und die Wahrung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten in den internationalen Verbänden ohne Kompromisse einsetzen.

K) Nationale Strategie Sportgroßveranstaltungen konsequent umsetzen.

Die Bundesregierung sollte mit Blick auf die Förderung von Sportgroßveranstaltungen Kurs halten, die Nationale Strategie konsequent implementieren und mit Blick auf Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsziele fortentwickeln. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die [Ankündigung](#), ein Leitbild Menschenrechte bei Sportgroßveranstaltungen auszuarbeiten, das bei bundesgeförderten internationalen Sportgroßveranstaltungen zur Anwendung kommen soll. Wir hoffen, dass dieses Leitbild zeitnah vorgestellt und umgesetzt wird.

Zudem sollte die Bundesregierung gezielt auf Inklusionsziele bei der Förderung von Sportgroßveranstaltungen achten. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die unzureichende Einbindung paralympischer Sportarten bei den European Championships in München hin. Paralympische Wettbewerbe fanden dort statt, litten aber an unattraktiven Startzeiten und geringer Medienpräsenz.

Wir beobachten, dass die Zusammenlegung von nationalen Meisterschaften im Finals-Format sich großer Beliebtheit erfreut, ebenso die Neuausrichtung von Wintersportwettbewerben. Zur Verknüpfung der nationalen Strategie mit den übergeordneten Zielstellungen der Spitzensportförderung fehlt eine Potenzial- und Machbarkeitsanalyse, wie der staatlich geförderte Spitzensport etwa durch strategische Partnerschaften mit (öffentlich-rechtlichen) Medien oder der Anpassung von Wettkampfformaten oder Ligabetrieben seine Mehrwerte für das heimische Publikum entfalten kann. Eine solche Analyse, einschließlich entsprechender Handlungsempfehlungen, sollte im Kontext der Weiterentwicklung der nationalen Strategie durchgeführt werden.

L) Anbahnung einer Olympiabewerbung unterstützen.

Athleten Deutschland begrüßt den aktuell [laufenden Prozess des DOSB](#) zur Anbahnung einer Olympiabewerbung und die Unterstützung der Bundesregierung bei diesem Anliegen. Unserer Ansicht nach begegnet der DOSB den nationalen und internationalen Herausforderungen des Vorhabens mit der gebotenen Sorgfalt und Sensibilität. Eine deutsche Olympiabewerbung muss von der Gesellschaft mitgetragen werden und einen Gegenentwurf zum bisherigen Gigantismus

der Spiele darstellen. Der dafür nötigen ernstgemeinte Einbeziehung und Beteiligung der relevanten Gruppen und Akteure, einschließlich der Athlet*innen, ist sich der DOSB bewusst und stellt diese aktuell sicher. Im Idealfall fügt sich eine Olympiabewerbung in ein größeres, gemeinsam erstelltes, Zukunftsbild einer Bewerberstadt oder -region ein. Wichtig ist uns, dass eine Bewerbung nicht von der dringenden und umfänglichen Bearbeitung der oben dargestellten systemischen Herausforderungen im Spitzensport ablenkt oder diese aufgrund von Ressourcenknappheit erschwert.

Anhang I: Hintergrundinformationen zu Nutzenpotenzialen des Spitzensports⁹

Dem Spitzensport werden vielfältige Nutzen und Wirkungen zugeschrieben. Die Vielzahl von Funktionen und Mehrwerten für Staat, Gesellschaft, Sporttreibende und Konsumenten*innen wird im nationalen und internationalen sportpolitischen Diskurs immer wieder vorgetragen und erscheint weitgehend plausibel. Es besteht allerdings die Gefahr, dass sich dieser Diskurs mit ungeprüften Narrativen verselbstständigt, in Pfadabhängigkeiten festfährt und die skizzierten Wirkungszusammenhänge weder hinterfragt noch differenziert betrachtet werden. Empirische Befunde für positive Effekte bleiben bisweilen lückenhaft, sind ambivalent oder nur begrenzt vorhanden.

Die Nutzenpotenziale des Spitzensports stellen sich nicht automatisch ein und sind dem Spitzensport nicht per se inhärent. Wenn sie erwünscht sind, sollten sie gezielt und mit strategischer Planung ausgeschöpft werden. Hierzu ist es wichtig, die gesellschaftliche Akzeptanz und Wahrnehmung des Spitzensports zu verstehen. Die Bildung von Nachfragepräferenzen lässt Rückschlüsse zur Steuerung der Zahlungsbereitschaft für und die Akzeptanz von Spitzensport zu.

Zudem sollten qualitative Unterschiede von Leistung und Erfolg im Spitzensport nicht vernachlässigt werden, wenn Wohlfahrtsgewinne aus der Spitzensportförderung geschöpft werden sollen. Zweifelsfrei wird Erfolg nachgefragt und hat als Vehikel das Potenzial, gesellschaftlichen und individuellen Nutzen zu stiften. Erfolg im Spitzensport unterscheidet sich in der Rezeption qualitativ voneinander. Seine Wirkungspotenziale sind daher nicht gleichbedeutend.

Es bedarf also einer differenzierten Betrachtungsweise von sportlichen Erfolgen zur Erfüllung gesellschaftlicher Funktionen. Dabei sollte zwischen der Relevanz von Sportarten sowie zwischen Einzel- und Kollektiverfolg unterschieden werden. In Deutschland wird das integrations- und identitätsstiftende Potenzial offenbar verstärkt von Kernsportarten entfaltet. Die Wirkung verteilt sich also nicht in gleicher Qualität entlang der (olympischen) Disziplinen. Eine quantitative, gar kumulierte und gleichbedeutende Betrachtung von sportlichen Erfolgen deutscher Athlet*innen greift zu daher kurz. Die (persönlichen) Geschichten, die kontextuale und situative Einbettung von Leistungen und die Inszenierung von Athlet*innen spielen eine maßgebliche Rolle zur Entfaltung von Inspirations-, Reputations- und Vorbildeffekten. Die Nutzenpotenziale des Spitzensports können, müssen aber nicht an sportlichen Erfolg gekoppelt sein.

Die Strategie zur Förderung des Spitzensports in Deutschland lässt eine Impact-Orientierung vermissen. Bei der Verteilung von Fördermitteln wird nationaler Sportlerfolg (*Output*) nicht gezielt mit der Hebung wohlfahrtssteigernder Nutzenpotenziale (*Impact*) verknüpft. Eine *Public Value Proposition* ("Gemeinwohlversprechen") und eine „Theorie des Wandels“ fehlen. Klar operationalisierte Ziel- und Instrumentenvorgaben sowie Maßnahmen zur Evaluation und Überprüfung letzterer sind nicht bekannt.

⁹ Folgende Hintergrundinformationen sind dem [Positionspapier „Warum ist es uns das wert“](#) von Athleten Deutschland (August 2022) entlehnt.

Die Förderung verfolgt unzureichend Gemeinwohlziele, da sie die Förderwürdigkeit von Disziplinen nicht zwangsläufig von ihrem Potenzial zur Gemeinwohlsteigerung abhängig macht. Internationale Erfolgsziele und Wohlfahrtsziele können einander bedingen und aufeinander einzahlen, sie gehen aber nicht automatisch miteinander einher (s.o.). Eine Mittelallokation zur Hebung wohlfahrtssteigernder Nutzenpotenziale des Spitzensports ist also nicht automatisch gegeben.

Die Mittelverteilung, wie sie im Rahmen der letzten Leistungssportreform vorgesehen ist, bedeutet eine undifferenzierte Optimierung von sportlichem (Kollektiv-)Erfolg, ohne die dargelegten Unterschiede in Qualität und Relevanz von sportlicher Leistung für gesellschaftliche Nutzenpotenziale und Nachfragepräferenzen zu berücksichtigen.

Eine Orientierung an Nachfragepräferenzen findet nicht statt. Zum Beispiel könnten Sportarten mit hoher Breitensportrelevanz oder Zuschauerbeliebtheit, aber geringerer internationalen Konkurrenzfähigkeit relativ schlechter gestellt werden im Vergleich zu Sportarten ohne Breitensport- oder Zuschauerrelevanz, aber höheren internationalen Medaillenpotenzialen. Weiterhin gibt es derzeit wenig systematische Bemühungen, die gesellschaftlichen Mehrwerte des Spitzensports durch Schaffung gezielter Angebote zum Konsum zu erhöhen. Damit könnte positiver Einfluss auf die Zahlungsbereitschaft und Nachfrageseite genommen werden. Strategische Maßnahmen zur Gestaltung und Absicherung von sozialer Akzeptanz und damit Legitimation für staatliche Spitzensportförderung sind kaum erkennbar. Ziel sollte es sein, die nachgelagerten Mehrwerte von Leistung und Erfolg für diejenigen nah-, sicht- und erfahrbar zu machen, die dafür zahlen: die Bürger*innen, die Steuerzahler*innen, die Fans im Stadion und vor den Bildschirmen, Jung und Alt im Breitensport.

Seit Jahren weisen verschiedene Stakeholder auf die ungeklärte Frage der langfristigen Ziele und gesellschaftlichen Funktionen des Spitzensports und seiner staatlichen Förderung hin. Eine dafür notwendige gesellschaftliche Verständigung und Grundsatzdiskussion zur Rolle und Funktion des Spitzensports in Deutschland, wie sie seit Jahren und Jahrzehnten eingefordert wird, blieben bisher aus und können in der nun beabsichtigten Zieldebatte adressiert werden.

Über Athleten Deutschland e.V.

Athleten Deutschland wurde im Jahr 2017 gegründet, um den für Deutschland startenden Athlet*innen erstmals ein echtes Mitspracherecht zu ermöglichen. Der Verein setzt sich für grundlegende Veränderungen im deutschen und internationalen Sportsystem ein. Der Schutz, die Perspektive und die effektive Mitbestimmung der Athlet*innen stehen dabei immer im Mittelpunkt.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern kämpfen wir für weltbeste Rahmenbedingungen, die ihnen die Möglichkeit bieten, ihre sportlichen und persönlichen Potenziale zu entfalten. Wir treten ein für fairen und sauberen Sport, frei von Missbrauch und Gewalt, Manipulation und Misswirtschaft. Zur Erfüllung unserer Mission kollaborieren wir mit verschiedenen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, sowie mit gleichgesinnten Partnern in Europa und der Welt.

Athleten Deutschland e.V. wird durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages finanziell gefördert.

Kontakt

Athleten Deutschland e.V.
Johannes Herber, Geschäftsführer
Maximilian Klein, Direktor Sportpolitik und Strategie
Friedbergstraße 19
14057 Berlin
E-Mail: info@athleten-deutschland.org
www.athleten-deutschland.org

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Stellungnahme des Deutschen Behindertensportverbandes und Nationalen Paralympischen Komitees e.V.

für die Sportausschusssitzung des Deutschen Bundestages zum
Thema „15. Sportbericht der Bundesregierung“ am 21. Juni 2023

I. Allgemeine Informationen

Der Deutsche Behindertensportverband und Nationale Paralympische Komitee (DBS) e.V. ist als Spitzenverband im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) für den Sport von Menschen mit Behinderungen zuständig. Der DBS verfolgt bei seiner Arbeit ausdrücklich das Ziel, dass alle Menschen gleichermaßen nach ihren individuellen Wünschen und Voraussetzungen selbstbestimmt und gleichberechtigt an Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten teilhaben können. Er orientiert sich dabei an den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention, die seit dem 26. März 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist.

Der 15. Sportbericht der Bundesregierung bietet einen guten Überblick über die wesentlichen Grundlagen der Sportförderung in Deutschland und zeigt zugleich Handlungsnotwendigkeiten in den verschiedenen Bereichen auf. Im Folgenden soll unter Berücksichtigung des Rückblicks sowie der Perspektiven auf einige ausgewählte Punkte näher eingegangen werden.

II. Paralympischer Leistungssport

Die paralympische Bewegung in Sportdeutschland hat in den Jahren 2018 bis 2021 erheblich an Bedeutung gewonnen. Die damit einhergehenden finanziellen und strukturellen Entwicklungen werden im 15. Sportbericht der Bundesregierung vollständig dargestellt. Mit dem bis dahin nicht für möglich gehaltenen finanziellen Aufwuchs, wurde der DBS in die Lage versetzt, die Nationalmannschaften signifikant besser auszustatten. Zum einen durch höhere Budgets zur Realisierung zentraler Lehrgangs- und Wettkampfmaßnahmen und zum anderen durch die Anstellung von dringend benötigtem hauptamtlichem Trainer- bzw. Leistungssportpersonal für eine optimierte ganzheitliche Betreuung. Hierdurch konnte die Basis hergestellt werden, um wieder den Anschluss an die Weltspitze zu erreichen und auf nationaler Ebene weitreichende Reformen umzusetzen:



- Ausrichtung der Kaderkriterien an der Medaillenchance.
- Einführung von Bundesstützpunkten Para Sport.
- Zuweisung der Bundesmittel auf die Nationalmannschaften anhand der kriteriengeleiteten Budgetierung.
- Einführung von Sportförderstellen durch die Bundesministerien BMI, BMVg und BMF und einem gleichzeitigen Fördermodul zur Berufsqualifikation durch das BMI.
- Angleichung der Grundförderung und Aufnahme der paralympischen Athlet*innen in die Eliteförderung der Sporthilfe.
- Berücksichtigung der paralympischen Athlet*innen in der Grund- und Spezialbetreuung an den Olympiastützpunkten.
- Ausbau der Kooperation mit dem Institut für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT) und dem Institut für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES).

Der Deutsche Behindertensportverband bedankt sich ausdrücklich beim Deutschen Bundestag für die entgegengebrachte Unterstützung.

Mit der weitreichenden Professionalisierung in den vergangenen Jahren gehen aber auch Herausforderungen im paralympischen Sport einher, die nur in enger und partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung, Bundesministerium des Innern und für Heimat und dem Deutschen Behindertensportverband entsprochen werden kann.

1. Vergütung des bundesfinanzierten Trainerpersonals

Dank des Mittelaufwuchses für das Leistungssportpersonal im Jahr 2019 konnte der DBS den Weg in Richtung Professionalisierung und internationale Konkurrenzfähigkeit konsequent fortsetzen und somit der Verantwortung für die Athlet*innen im paralympischen Sport insgesamt gerecht werden. Insgesamt wurden 43 neue Stellen geschaffen.

Nach vier Jahren Betriebszugehörigkeit und erfolgreicher Arbeit gilt es, für das Bestandspersonal nun auch monetäre Anreize zu schaffen und eine Perspektive für die kommenden Paralympischen Spiele zu bieten, um die Mitarbeiter*innen und ihr erworbenes Know-How in den Strukturen des DBS zu halten. Angesichts konkurrierender und oftmals finanziell lukrativerer Angebote aus dem Sportumfeld (Profibereich, Olympischer Sport etc.) sowie aus anderen Branchen (Bildungssektor, Wirtschaft etc.) und des daraus resultierenden Risikos einer Abwanderung, zählt die Anhebung der Bezüge und die Einführung einer dynamischen Vergütungsstruktur zu den obersten Prioritäten für den DBS-Leistungssport.



2. Sportjahresplanung

Im Zuge der Wiederaufnahme des Sportbetriebs nach der Corona-Pandemie musste der DBS konstatieren, dass auch die finanziellen Auswirkungen auf den DBS-Leistungssport signifikant hoch sind. Vielfach besteht ein großer Nachholbedarf, der sich u.a. dadurch äußert, dass deutlich mehr Europa- und Weltmeisterschaften stattfinden als in den Jahren zuvor. Damit einher gehen gestiegene Kosten für Reise, Verpflegung und Unterbringung.

Um sicherzustellen, dass sich die Bundeskaderathlet*innen optimal auf ihren Saisonhöhepunkt und somit auf Paris 2024, Mailand-Cortina 2026 und Los Angeles 2028 vorbereiten können und gleichzeitig dem Nachwuchs verstärkte Aufmerksamkeit eingeräumt werden kann, ist eine Erhöhung der Sportjahresplanung über den Betrag des Jahres 2023 hinaus unausweichlich.

III. Breiten-, Präventions- und Rehabilitationssport

Unter Berücksichtigung der föderalen Zuständigkeiten ist es aus Sicht des DBS besonders erfreulich, dass der 15. Sportbericht klare Aussagen zum Thema Breitensport enthält und als Ziel genannt wird, Menschen zurück in die Vereine zu bringen und das Ehrenamt im Sport zu stärken (S. 12). Aus Sicht des DBS wird davon ausgegangen, dass dies für Menschen mit und ohne Behinderungen gleichermaßen gilt und die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen.

Hinsichtlich des Rückblicks auf die 19. Legislaturperiode (Teil II, S. 29ff.) soll hier nur auf zwei ausgewählte Ergänzungen hingewiesen werden.

1. Long-COVID

Glücklicherweise sind die akuten Auswirkungen der Corona-Pandemie und insbesondere die gesellschaftlichen Einschränkungen überwunden. Dennoch gibt es weiterhin Menschen, die an den Langzeitfolgen einer Coronaerkrankung oder auch an den negativen Folgen einer Impfung leiden. Diesen Menschen eine Plattform zu bieten und in den Austausch miteinander zu kommen, war das Ziel des Forums „Corona und Sport“.

Der DBS hat mit der Unterstützung der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung am 9. September 2022 das Forum „Corona und Sport“ in Berlin ausgerichtet. Die Tagesveranstaltung bot den Teilnehmer*innen umfangreiche Informations- und Austauschmöglichkeiten zu aktuellen Erkenntnissen und Erfahrungen rund um das Thema Corona und Sport. Der Schwerpunkt des DBS-Forums lag dabei insbesondere auf der Thematik Long-COVID. Die vielfältigen Vorträge, Workshops und Diskussionsrunden wurden von Experten*innen aus den Bereichen Politik, Medizin, Wissenschaft und Praxis begleitet.

Wenngleich die Veranstaltung außerhalb des Berichtszeitraumes des Sportberichts lag, ist die Wichtigkeit und Relevanz des Themas weiterhin ungebrochen und erfordert eine explizite Erwähnung.



Es ist wichtig, dass die Erkenntnisse hieraus weiterverfolgt werden und in die Rehabilitation von Long-COVID-Erkrankten sowie Impfgeschädigten eingehen.

Die unterschiedlichen Symptome einer Long-COVID -Erkrankung oder auch von COVID-Impfschäden ähneln dabei denen, die im Bereich des ärztlich verordneten Rehabilitationssports lange bekannt sind. Es liegt nahe, die positiven Erfahrungen, die bislang in der Rehabilitation mit dem Einsatz von Sportangeboten gemacht wurden, auch in der Reha von Long-COVID zu nutzen.

2. Sport für Menschen mit geistiger Behinderung

In der mehr als 70-jährigen Tradition des DBS gibt es viele hervorragende Beispiele für langjährige, nachhaltige Sportangebote für Menschen mit einer sogenannten geistigen Behinderung. Das Engagement des DBS im Rahmen der Fußball-DM der Werkstätten gemeinsam mit der Sepp Herberger Stiftung ist dabei nur ein Beispiel.

In nahezu allen Landesverbänden des DBS gibt es vielfältige Angebote für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung. Dabei reichen die Angebote von Mitmachangeboten für alle bis hin zu Ligabetrieben in diversen Sportarten, zum Beispiel Fußball, Schwimmen, Leichtathletik, Tischtennis und viele weitere mehr.

Das wohnortnahe, nachhaltige Angebot in den Vereinen des DBS und seinen Strukturen ist hierbei sehr vielfältig. Der DBS versteht sich als Sportverband für alle Menschen mit Behinderungen, was auch so in der Satzung verankert ist und gelebt wird.

3. Perspektiven

Mit Blick auf die Planungen und Perspektiven (Teil III, S. 191ff.) soll auf nachfolgende Punkte besonders hingewiesen werden.

Das Bekenntnis des BMAS, zu einer umfänglichen Förderung des Behindertensports, ist aus Sicht des DBS ausdrücklich zu begrüßen.

Menschen mit Behinderungen noch mehr in Bewegung zu bringen, ist jedoch ein gesamtgesellschaftliches Ziel und es bedarf eines gemeinsamen Handelns, um die entsprechenden Voraussetzungen und Strukturen zu schaffen. Es reicht nicht aus, wenn bei einer nationalen Anstrengung zur Verbesserung des Sporttreibens in Deutschland die Belange von Menschen mit Behinderungen nur "mitgedacht" werden. Vielmehr müssen diese Belange explizit berücksichtigt und in allen relevanten Ressorts benannt werden.

Bei der Stärkung der gesellschaftlichen Kraft des Sports spielt die Förderung von Teilhabe, Inklusion und Partizipation von Menschen mit Behinderungen eine übergeordnete Rolle. Um Menschen mit Behinderungen das Sporttreiben zu ermöglichen und lebensbegleitend sicherzustellen, müssen die



Rahmenbedingungen den individuellen Lebenslagen entsprechen, die sich im Laufe des Lebens auch verändern können. Menschen mit Behinderungen sind häufig auf Mobilitäts- und Assistenzleistungen angewiesen, um am gesellschaftlichen Leben selbstbestimmt teilzuhaben. Der öffentliche Nahverkehr ist oft nicht so ausgestaltet, dass er Teilhabe im ausreichenden Maße ermöglicht, sei es die Frequenz der Fahrtzeiten oder die Barrierefreiheit von Bahnhöfen und Beförderungsmitteln. Insofern muss die Teilhabe oft über individuelle Mobilität, also im Wesentlichen über Fahrdienste sichergestellt werden. Die Mobilität von Menschen mit Behinderungen über das unmittelbare häusliche Umfeld sowie die Erreichbarkeit von Sportstätten muss sichergestellt werden.

Zu oft scheitert die selbstbestimmte Teilhabe an sportlichen Angeboten an der Mobilität und Erreichbarkeit von Sportstätten. Dies ist eine Herausforderung, die der Sport nicht allein lösen kann, dennoch ist es ein entscheidender Hinderungsgrund für umfassende Teilhabe im Sport im Sinne des § 30 Absatz 5 der UN-BRK. Diesen Aspekt gilt es bei einer zu erwartenden Mobilitätswende explizit zu berücksichtigen.

Unter Sportstätten sind im Übrigen nicht nur Sporthallen und Sportplätze zu verstehen, sondern sämtliche Bewegungsräume, also auch Schwimmbäder, Bewegungsparks oder ähnliche Bewegungsräume.

Für eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe, Inklusion und Partizipation von Menschen mit Behinderungen müssen die Rahmenbedingungen insbesondere auf drei Ebenen gestärkt werden:

1. Bundesweit mehr wohnortnahe Sportangebote für Menschen mit Behinderungen (inklusive und spezifisch)
2. Abbau von baulichen Barrieren in allen Sportstätten Deutschlands
3. Verbesserung der Hilfsmittelversorgung für sportliche Hilfsmittel, inkl. der Schulung zur Handhabung (nicht reduziert auf eine formale Nutzungseinweisung)

Bei konsequenter Fortführung dieser Gedanken wird schnell deutlich, dass das oben genannte Ziel nicht an den Ressortgrenzen des BMAS Halt macht, sondern auch Ressorts wie bspw. BMG, BMDV, BMWSB oder BMI betreffen und Maßnahmen bis hin zur lokalen Stadt- und Sportentwicklungsplanung notwendig sind. Wünschenswert wäre, dass der Entwicklungsplan Sport der Bundesregierung diesen großen Anspruch erfüllt und ernsthafte sowie zählbare Erfolge für den Sport in Deutschland bereithält.

IV. Sport von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung

Das Thema Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ist nach Auffassung der Deutschen Behindertensportjugend (DBSJ) in der Berichterstattung angemessen abgebildet. Wünschenswert wäre es, wenn in dem Abschnitt zu den Bundesjugendspielen (S. 139) in einem ergänzenden Absatz eine mögliche Teilnahme von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung aufgenommen wird.



Die Erfahrung zeigt, dass in der Breite nicht genug bekannt ist, dass auch junge Menschen mit Behinderung an diesem Angebot teilnehmen können.

Die im Ausblick des BMFSFJ (S. 192) angekündigte bedarfsgerechte Ausstattung des Kinder- und Jugendplans des Bundes wird nachdrücklich begrüßt. Die Erhöhung und anschließende Verstetigung der Fördermittel sind dringend notwendig, um trotz der steigenden (Personal-)Kosten im gemeinnützigen organisierten Kinder- und Jugendsport handlungsfähig bleiben und weiterhin zielgruppen- sowie bedarfsorientierte Maßnahmen umsetzen zu können.

Ebenso wird die im Abschnitt Bekämpfung sexualisierter Gewalt (Safe Sport) (S. 126f.) aufgeführte öffentliche Unterstützung ausdrücklich begrüßt. Nicht allen Spitzensportverbänden ist es aktuell und langfristig möglich, die dringend notwendige professionelle hauptberufliche Fachlichkeit verbandsintern einrichten zu können. Eine solche ist jedoch die Grundlage, um das Thema umfänglich bearbeiten und vor allem auftretenden Fällen angemessen gegenüberzutreten zu können. Hier bedarf es einer finanziellen Unterstützung zur Einrichtung der hauptberuflichen Fachlichkeit in den Verbänden bzw. einer Möglichkeit, sich - wie mit dem Zentrum für Safe Sport geplant - an eine entsprechend breit aufgestellte Anlaufstelle wenden zu können.

Frechen, 16. Juni 2023



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Deutscher Bundestag
Sportausschuss

Ausschussdrucksache
20(5)196

Nachbericht des BMI

Nachfrage zum 15. Sportbericht



Frage:

Herr MdB König (AfD) nimmt Bezug auf die im 15. Sportbericht auf Seite 169 ff. unter Nummer 5 (Sport und politische Bildung – Projekte der Bundeszentrale für politische Bildung) genannten Projekte. Er erfragt, ob seitens des BMI zu den zwischenzeitlich ausgelaufenen Projekten Anschlussprojekte geplant sind.

Antwort:

Das Projekt „Demokratieförderung im Sport: Maßnahmenpaket zur Unterstützung von Sportvereinen/ -verbänden und weiteren Akteuren im ländlichen Raum“ endete zum 31. Mai 2023 und wird nicht fortgeführt.

Die im Bericht genannte Kooperation mit dem Lernort Stadion e.V. in Form von gemeinsam durchgeführten Weiterbildungen und Methodenwerkstätten setzt die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) aktuell fort.

Die BpB setzt darüber hinaus mit Lernort Stadion e.V. ein Modellprojekt mit dem Titel „Europa ist ja hier!“ um (Laufzeit 2023-2024). Darin erkunden Jugendliche aus Berufsschulen die Verbindungen zwischen ihrer alltäglichen Lebensrealität und Europa sowie das Verhältnis von Sport und Politik.

Dieses Modellprojekt ist eine von insgesamt neun Maßnahmen der politischen Bildung, welche die BpB im Kontext der UEFA EURO 2024 und als Teil der BMI-Begleitmaßnahmen des Turniers umsetzt. Diese Maßnahmen knüpfen an die unter 5.1. des Sportberichts berichteten Maßnahmen im Kontext „Politische Bildungsarbeit zu sportlichen Großereignissen“ an.

Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe (ZdT)“ (vgl. S. 167 ff.) fördert in der aktuellen Förderphase seit 2020 noch bis Ende 2024 Modellprojekte im Bereich des Sports.



Ab 2025 beginnt die neue Programmphase, eine entsprechende Förderrichtlinie ist in Arbeit.

Das „DFB Leadership-Programm für ehrenamtlich Aktive mit familiärer Einwanderungsgeschichte“ (vgl. S. 161f.) wurde im Rahmen der begleitenden Maßnahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ mit einer Projektlaufzeit von 1. Juni 2021 bis 31. Oktober 2022 gefördert. ZdT führt das Projekt nicht fort, jedoch sind in den unterschiedlichen Landesverbänden des DFB Anschlussprojekte geplant. Zu den Anschlussprojekten der Länder gibt die Bundesregierung keine Auskunft.